

ENTNAZIFIZIERUNG
UND
WIEDERAUFBAU
IN LINZ

Linz 1996

Archiv der Stadt Linz

INHALT

	Seite
Impressum	4
Verzeichnis der verwendeten Abkürzungen	7
Anschriften der Mitarbeiter	8
Vorwort des Bürgermeisters und des Kulturstadtrates	9
Vorwort der Herausgeber	11
Brigitte Kepplinger und Josef Weidenholzer (Linz): Die Rekonstruktion der Sozialdemokratie in Linz 1945–1950	13
Roman Sandgruber (Linz): Die Anfänge der Linzer ÖVP	69
Walter Schuster (Linz): Die Entnazifizierung des Magistrates Linz	87
Hanns Kreczi (Linz): Mein Tagebuch 1945 – Das Kriegsende in Linz	207
Kurt Tweraser (Fayetteville): Hans Behrmanns Glück und Ende. Anmerkungen zur amerikanischen Pressepolitik am Beispiel der „Oberösterreichischen Nachrichten“ 1945–1948	277
Michael John (Linz): Das „Haarabschneiderkommando“ von Linz. Männlicher Chauvinismus oder nationalsozialistische Wiederbetätigung? Ein Fallbeispiel aus den Jahren 1945–1948	335
Erika Thurner (Linz): Ein Kapitel Stadtgeschichte: „Zigeuner“ in Linz	361
Georg Wacha (Linz): Denkmale aus der NS-Zeit	373
Gerhart Marckhgott (Linz): Das Projekt „Führerbibliothek“ in Linz	411

Helmut Fiederer (Linz): Die sozialen Krankenversicherer in Linz und Oberösterreich nach 1945	435
Max Lotteraner (Linz): Zur Wiedererrichtung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich 1945/1946	459
Buchbesprechungen	521

kerung. Der Arbeitsausschuß hat ferner nach in diesem Gesellschaftsvertrag festgelegten Richtlinien die für die Gesellschaftsversammlung bindenden Beschlüsse zu fassen. Die Tätigkeit des Kuratoriums erfolgt ehrenamtlich. Der Geschäftsführer muß auf Anordnung des Arbeitsausschusses des Kuratoriums bei Mehrheitsbeschluß eine Generalversammlung der Gesellschaft einberufen. Der Arbeitsausschuß soll wenigstens einmal im Vierteljahr zusammentreten.

5. Die Gesellschafter

Die Gesellschaft arbeitet, obwohl sie kein Profitorgan ist, nach den geschäftsblichen, sparsamen, kaufmännischen Grundsätzen. Der erzielte Gewinn wird wie folgt verwendet: Die Gesellschafter haben ein monatlich festes Einkommen von 1.800 Schilling. Der nach Abzug dieser Summe verbleibende Gewinn der Gesellschaft wird sozialen und kulturellen Zwecken zu Gunsten der Öffentlichkeit zugeführt, und zwar zu einem Drittel einer sozialen Versicherung der Belegschaft, zu einem Drittel für den Ausbau des technischen Betriebes der Gesellschaft, der Anschaffung von Maschinen, der Durchführung von Baulichkeiten, und schließlich zum letzten Drittel für die Herausgabe guter Druckwerke zu billigen Preisen, in denen in Zusammenarbeit mit dem Kultusministerium und den Universitäten der großen demokratischen Staaten der österreichischen Bevölkerung die Erkenntnis des eigenen Standpunktes im Zusammenhang mit den anderen Demokratien der Welt und der Sinn für die Zusammenarbeit der Völker für Frieden, Eintracht und Aufbau vermittelt wird.

Mit Ausnahme des jährlichen Einkommens der sechs Gesellschafter, das sich in Summe auf 129.000 Schilling belief, wurden die Gesellschaftsstatuten auch der Öffentlichkeit bekanntgegeben.⁹⁵ Die Firma DDV wurde erst am 14. Dezember 1945 in das Handelsregister in Linz eingetragen, obwohl der Gesellschaftsvertrag bereits am 3. Oktober abgeschlossen worden war.⁹⁶ Die Verzögerung der Eintragung scheint neben der üblichen Langsamkeit des bürokratischen Prozesses auch dadurch bedingt gewesen zu sein, daß die Beziehungen zwischen der DDV und der Firma Wimmer KG noch nicht geregelt waren.

Daß die Amerikaner eine Regelung der kollidierenden Interessen von DDV und der Firma Wimmer KG zu Gunsten der DDV abstützen würden, kann angesichts ihrer Vorliebe für eine unabhängige Presse als gegeben angenommen werden. Diese Unterstützung hatten sie bereits während der Phase 2 ihrer Pressepolitik demonstriert, als sie trachteten, den „Oberösterreichischen Nachrichten“ einen festen Leserkreis zu verschaffen und ihn fortlaufend zu erweitern, sodaß die Zeitung zum Zeitpunkt der Lizenzierung einen beträchtlichen Marktvorsprung besaß. Besonders von den politischen Parteien wurde die amerikanische Bevorzugung der unabhängigen Presse heftig kritisiert.⁹⁷ Die Grund-Problematik der amerikanischen Pressepolitik bestand ja in der unabwendbaren Konfrontation zwischen den parteipolitisch unabhängigen Lizenzträgern und ihren Gegnern, den lokalen und regionalen politischen Eliten, nach denen für Demokratisierungsaufgaben die politischen Parteien und nicht eine parteiunabhängige Presse zuständig seien. Mehr als ein Marktvorsprung war in den Augen von ISB nötig, um die Lizenzträger juristisch und finanziell abzusichern.⁹⁸ Zu Maßnahmen dieser Art zählte vor

⁹⁵ OÖN vom 20. Oktober 1945.

⁹⁶ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Pettegrove an Fox, Handelsregister, 15. Februar 1947.

⁹⁷ Zum Beispiel rief die SPÖ Landesleitung für Oberösterreich zu intensiver Werbearbeit für das „Tagblatt“ auf, um den Rückstand auf die „privilegierte Presse“ zu überwinden. Dieser Rückstand war vor allem dadurch entstanden, weil die privilegierte Presse durch höheren Seitenumfang, durch bessere technische Möglichkeiten und durch bevorzugten Nachrichtenbezug im Wettbewerb günstiger gestellt war (Sozialistische Partei, Landesorganisation Oberösterreich, Bericht an den Landesparteitag am 15. und 16. 2. 1947. Linz 1947, 41).

⁹⁸ Die Erhöhung für die Instandhaltung bzw. den Ankauf drucktechnischer Maschinen von 25 Prozent des Gewinnes auf 33 1/3 Prozent kann als erster Schritt zur eventuellen finanziellen Absicherung interpretiert werden.

allem das Verfügungsrecht des Verlages über eine Druckerei, die juristisch einer in der NS-Periode prominenten Verlegerfamilie gehörte. Es war vorauszusehen, daß die Eigentümer der Druckerei selbst wieder Zeitungsverleger werden wollten und daher der Lizenzzeitung in jeder möglichen Weise Widerstand leisten würden. Das wirkungsvollste Argument, das man gegen die Eigentümer der Firma J. Wimmer KG richten konnte, war ihre politische Unzuverlässigkeit. Sie hatten entweder aus Sympathie oder aus Opportunismus mit dem NS-Regime zusammengearbeitet. Das übliche Gegenargument, daß die Eigentümer selbst materiell Geschädigte des NS-Regimes gewesen seien, konnte im Falle der Familie Streit nicht vorgebracht werden.⁹⁹ Als mit 6. Oktober 1945 die „Oberösterreichischen Nachrichten“ an die DDV übergeben wurden, erfolgte gleichzeitig die Ernennung Behrmanns zum öffentlichen Verwalter der Wimmer KG durch die Property Control Abteilung der Militärregierung. In der Wahrnehmung der Eigentümer stärkte dies die Stellung Behrmanns ihnen gegenüber gewaltig, sie zum Abschluß eines langjährigen Pachtvertrages zu bewegen.¹⁰⁰ Bezüglich der Alternativen Druckauftrag oder Verpachtung waren sich offensichtlich die amerikanische Besatzungsmacht, die politischen Parteien und die DDV einig, daß aus politischen Gründen weder die „Oberösterreichischen Nachrichten“ noch Parteizeitungen bei der Firma Wimmer KG im Auftrag produziert werden dürften, denn die Firma sei als Gesellschaft wie als Person, verkörpert durch die Familie Streit, von jedem Einfluß auf die Gestaltung von Verlagswerken und Zeitungen auszuschalten. Für die Benützung der Maschinen könne die Firma Wimmer jedoch eine entsprechende Entschädigung von der DDV erwarten, was in der Form eines Mietvertrages zu regeln sei. Augenscheinlich kam auch die Familie Streit resignierend zum Schluß, daß es der bessere Teil der Weisheit sei, die militärische Besetzung und Beschlagnahme in einen privatrechtlichen Vertrag umzuwandeln.

Zur Eigentumsfrage ist zu bemerken, daß die Requirierung einer Firma durch die Besatzungsbehörde den Eigentumstitel nicht auslöschte. Auch die Einsetzung eines Lizenzträgers als Treuhänder zog keine Eigentumsberechtigung nach sich. Da Behrmann nicht wissen konnte, wie lange die amerikanische Besatzung andauern würde, oder auch nur, wann die Besatzungsmacht die Eigentumskontrolle an die österreichischen Behörden übergeben würde, war ein langjähriger Pachtvertrag mit den Eigentümern eine wirtschaftliche Überlebensfrage. Mit folgenden Argumenten machte Behrmann den amerikanischen Beamten einen Pachtvertrag schmackhaft: 1.) Im

⁹⁹ Im Zuge der kriegswirtschaftlichen Maßnahmen des NS-Regimes wurde anfangs 1944 die Konzentration der beiden in Linz erscheinenden Tageszeitungen „Volksstimme“ und „Tages-Post“ durchgeführt. Die neue Zeitung erhielt den Titel „Oberdonau-Zeitung“ mit dem Untertitel „Tages-Post“. Der Firma J. Wimmer KG wurden als Alternativen gegeben: die Zeitung im Verein mit der NSDAP zu drucken. In diesem Falle würde der Firma Wimmer 49 Prozent des Gewinnes zustehen; oder die Zeitung an den „Gauverlag“ zu verkaufen; oder drittens, die Zeitung an den „Gauverlag“ zu verpachten und dafür einen Pachtzins von 27.000 RM monatlich zu erhalten. Die Eigentümer entschieden sich für die Verpachtung und empfangen auch den Pachtzins bis zum Ende des NS-Regimes (NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Erklärung des ehemaligen Geschäftsführers der Fa. Wimmer, Popp, an ISB Linz, 13. Februar 1947).

¹⁰⁰ Behrmann behauptete später, daß er gegen seine Ernennung zum Treuhänder über die Druckerei gewesen sei und daß es seine Opposition war, die die Amerikaner dazu bewog, den Betrieb zur Verpachtung an die DDV freizugeben. In Wirklichkeit dauerte die treuhändige Verwaltung vom 6. Oktober 1945 bis 22. November 1946. Es ist aber durchaus möglich, daß ISB und Property Control gegenteiliger Meinung waren (NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Pettegrove an Ladue, DDV und DDG, 6. Februar 1947).

Falle eines Druckauftrages würde die DDV den Großteil ihrer Einnahmen und der erzielten Gewinne an die politisch stärkstens umstrittene Firma J. Wimmer KG abführen, wodurch die von der Property Control und dem CIC auszuschheidende Gruppe Streit und Nebenmänner auf Jahre hinaus auf das stärkste finanziert werde. Somit könnte sich neues Vermögen bilden, das gegebenenfalls einmal bei Aufhebung der Vermögensverwaltung wieder in Hände geraten würde, die es zu einem politischen Einfluß ausnützen könnten. Aus diesen Gründen stünden die drei politischen Parteien als Zeitungsauftraggeber und auch die DDV einem Druckauftrag ablehnend gegenüber. 2.) Eine Alternative zum Druckauftrag wäre ein Pachtvertrag mit der Firma Wimmer KG. Die DDV pachtet laut dem anhängenden Vorschlag No. 1 die gesamten Räumlichkeiten und Maschinen der Firma Wimmer auf zehn Jahre mit einem monatlichen Pachtzins von 18.000 Schilling. Das würde bedeuten a) den Ausschluß jeglichen Einflusses direkter oder indirekter Art der früheren Inhaber und Beteiligten nebst Neben- und Hintermännern auf zehn Jahre, b) die technische Zusammenfassung des Betriebes, der nicht mehr in zwei Teilen, sondern in der Gesamtheit einer wirklichen Leistung zur Verfügung steht und daher eine volkswirtschaftlich gesunde und billigere Kalkulation zulassen würde, und c) eine Vereinfachung der gesamten Buchführung, Personalführung, bessere Ausnützung der Maschinen und des Betriebes und somit eine übersichtliche und einfachere Gestaltung der gesamten Geschäftsführung. Eine dritte Alternative, die Behrmann vorschlug, war die Liquidierung der J. Wimmer KG. Dies hätte die Beseitigung eines Firmennamens, der immer wieder die Möglichkeit zur politischen Rekonstruktion geben würde, und, durch urkundlich eingetragenes Vorkaufsrecht, Übernahme des gesamten Betriebes in den Besitz der DDV bedeutet.¹⁰¹

Behrmann verstand es also geschickt, die Alternative, von der er annahm, daß sie der Besatzungsmacht am genehmsten sein würde, mit zwei weniger attraktiven Alternativen, Druckauftrag und Liquidierung, zu flankieren, ein alter Trick bürokratischer Ratgeber. Nicht überraschend unterstützte ISB angesichts der auch ihrer Meinung nach unsicheren Rechtslage – sechs Monate nach Kriegsende konnte man kaum mehr eine Requirierung auf Grund „militärischer Notwendigkeit“ rechtfertigen – die rechtlich billigste Alternative.

Am 8. Dezember 1945 gaben die Eigentümer der Firma Wimmer KG ihren Widerstand auf und unterschrieben gegen den Ratschlag von Lambert Popp, dem vormaligen Geschäftsführer der Firma, in Anwesenheit von ISB-Vertretern einen zehnjährigen Pachtvertrag mit der DDV gegen einen monatlichen Pachtzins von 18.033 Schilling.¹⁰² Befragt, warum die Eigentümer unterschrieben hätten, erklärte Popp, daß sie von Behrmann, der ja als Bevollmächtigter der amerikanischen Besatzungsmacht auftrat, mit der Androhung der vollkommenen Konfiszierung der Druckerei durch die Amerikaner eingeschüchtert worden waren. Auf die Frage, warum sie sich einschüchtern hatten lassen, mußte selbst Popp zugeben *that it is a fact that the Wimmer firm, resp. the newspaper „Linzer Tages-Post“ has been a Nazi paper, even before 1938.*¹⁰³ Hinzuzufügen ist aber, daß Oskar Streit im Namen der Familie am 8. Jänner 1946 eine

¹⁰¹ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Vorgeschichte und Entwürfe von Pachtverträgen, verfaßt von Hans Behrmann, 11. November 1945.

¹⁰² NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Denkschrift über die Fa. J. Wimmer KG, 4. Jänner 1947.

¹⁰³ Erklärung Hr. Popp, 13. Februar 1947. Popp war natürlich keine desinteressierte Partei in diesen Auseinandersetzungen. Er bezog von der Firma Wimmer als ehemaliger Geschäftsleiter eine hohe Pension und befürchtete mit einigem Recht, daß Behrmann den Pensionsvertrag nicht honorieren würde (NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Pettegrove an Ladue, DDV and DDG, 6. Februar 1947).

Erklärung unterschrieb, in der er bestätigte, daß der Pachtvertrag in gutem Glauben und ohne Nötigung und Zwang zustande gekommen war und daß bei jedem Schritt der Verhandlungen sein (Streits) Rechtsanwalt zugegen war. Eineinhalb Jahre später stellte sich heraus, daß Property Control den Pachtvertrag niemals ratifiziert hatte, da die Länge des Vertrages (zehn Jahre) nicht mit der offiziellen Politik einer weitaus kürzeren Vertragsdauer übereingestimmt hatte, dies aber von Property Control weder ISB noch Behrmann noch der Familie Streit bekanntgegeben worden war. Mit der Erklärung vom 8. Jänner 1946 und vor allem mit der monatlichen Annahme des Pachtzinses durch die Familie Streit bestand in der Meinung der amerikanischen Rechtsexperten der Pachtvertrag zu Recht.¹⁰⁴ Ob der Pachtvertrag unter geänderten politischen Verhältnissen auch vor einem österreichischen Gericht bestehen würde, war allerdings nicht klar. Auf jeden Fall wurde die Absicht der amerikanischen Presseoffiziere, die Existenz der „Oberösterreichischen Nachrichten“ zu gewährleisten, durch den Abschluß des Pachtvertrages zumindest mittelfristig erfüllt. Für die Errichtung einer eigenen Druck- und Verlagskapazität fehlte den sechs Lizenzträgern auf absehbare Zeit die Mittel.

Die Krise der Demokratischen Druck- und Verlagsgesellschaft

Impliziert in der Idee einer Zeitung, an der niemand verdienen sollte, also die Ablehnung eines kommerziellen Verlegerstandpunktes, war das Konzept einer gemeinnützigen Stiftung mit einem Kuratorium als entscheidendes Gremium, das die Verteilung der Gewinne nach sozialen und kulturellen Gesichtspunkten, die auf das Allgemeinwohl gerichtet waren, sichern sollte. Mit diesem Konzept war die DDV nicht allein. Aus der amerikanischen Besatzungszone in Deutschland kam die Nachricht, daß sich die „Frankfurter Rundschau“, eine der lizenzierten Zeitungen, als gemeinnütziges Unternehmen deklariert hatte, ein Indiz, daß auch in Deutschland der Eigentumsbegriff in der Lizenzpresse noch nicht geklärt war.¹⁰⁵ Frohe Kunde war auch aus Salzburg gekommen, da die „Salzburger Nachrichten“ am 22. Oktober mit einer den „Oberösterreichischen Nachrichten“ ähnlichen Konstruktion errichtet worden waren. Auch dort, so schien es, wurde mit der Gewinnsozialisierung Ernst gemacht.¹⁰⁶

In Linz fand am 12. Jänner 1946 die konstituierende Sitzung des Kuratoriums der DDV in feierlicher Form im Landestheater unter Anwesenheit von Vertretern der Besatzungsmacht und der oberösterreichischen Öffentlichkeit statt. Die erste Vollversammlung des Kuratoriums war für den 18. Februar 1946 einberufen.¹⁰⁷ Der wichtigste Posten im Kuratorium war der Vorsitzende, der von der Vollversammlung auf die Dauer eines Jahres gewählt wurde. Er hatte das

¹⁰⁴ NA, RG 260/29/447 ISB Operations, Hysmith an General Schulz, Report of Visit to Linz, 9. Mai 1947.

¹⁰⁵ „Neue Wege des Pressewesens. Demokratische Zusammenarbeit in Frankfurt. Oberösterreichische Nachrichten als Vorbild im Zeitungsbetrieb“ (OÖN vom 12. Dezember 1945). Die „Frankfurter Rundschau“ schwamm zu jener Zeit im kommunistischen Fahrwasser, da die amerikanischen Presseoffiziere die Lizenz vorwiegend an Kommunisten vergeben hatten. Der kommunistische Einfluß bestand bis 1947 (Hurwitz, Stunde Null, wie Anm. 21, 314–315).

¹⁰⁶ Dazu ausführlich Hausjell, Gescheiterte Alternative (wie Anm. 88), 81–106.

¹⁰⁷ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Niederschrift, Vollversammlung des Kuratoriums der DDV, 18. Februar 1946.

Recht, die anderen Organe des Kuratoriums (Vollversammlung, Arbeitsausschuß und Prüfungskommission) einzuberufen. Zum Vorsitzenden wurde über Vorschlag Maletas Dr. Hans Strigl gewählt, der sich in den folgenden Jahren als unversöhnlicher Feind Behrmanns erweisen sollte.¹⁰⁸ In der ersten Vollversammlung scheint die Stimmung noch relativ konziliant gewesen zu sein. Außer ein paar Beschwerden über die Theaterkritiken in den „Oberösterreichischen Nachrichten“, denen Mangel an Gefühl für höheres Niveau vorgeworfen wurde und einiger abfälliger Bemerkungen Strigls über den Mangel an künstlerischem Feingefühl, zu der er sich als Kunstmaler verpflichtet fühlte, schien sich das Verhältnis zwischen Verlegergremium und Kuratorium zur Zufriedenheit beider Seiten zu entwickeln. Beim ISB in Wien regten sich aber bereits Zweifel an einer gedeihlichen Zusammenarbeit. Nachdenklich bemerkte Van Eerden, es sei vielleicht ein Fehler gewesen, so rasch auf eine sechsköpfige Partnerschaft einzugehen, mit all den Schwierigkeiten, die sie eventuell bereiten könnte. Aus seiner Salzburger Not eine Tugend machend, wies er auf die sorgfältige Behandlung der Auswahl der dortigen Zwei-Mann-Verlegerschaft hin: *In Salzburg we moved more carefully and the result has been that we have never had a single complaint from any source.*¹⁰⁹ Augenscheinlich kam es den ISB-Beamten in Wien und Linz – mit Ausnahme von Barach, der bereits im November 1945 in die USA zurückgekehrt war – zum Bewußtsein, daß das tatsächliche Resultat der amerikanischen Zustimmung zur DDV gleichbedeutend mit der Schenkung eines immensen Vermögens an sechs Menschen war, denen gegenüber die amerikanische Militärverwaltung zu keinem besonderen Dank verpflichtet war.¹¹⁰

In einer Aktion, die Behrmann später zu bereuen hatte, wandte er sich an ISB Wien, um eine Namensänderung der Firma Wimmer KG auf „Demokratische Druckgesellschaft“ (hinfür DDG) zu erwirken. Sein Argument war, daß der Name Wimmer bei jedermann in Linz mit Nationalsozialismus und Deutschnationalismus identifiziert würde und dies dem amerikanischen Prestige abträglich sei. ISB und die Property Control Sektion der regionalen Militärregierung erfüllten Behrmanns Wunsch. Tatsächlich wurde im Handelsregister Linz mit Eintragung vom 17. April 1946 die Firma J. Wimmer KG auf „Demokratische Druckgesellschaft KG“ geändert.¹¹¹ Ob Behrmann damit im Einverständnis mit seinen Verlagspartnern handelte, ist aus den Akten nicht ersichtlich. Die Gesellschafter der Wimmer KG hatten auf die Wahl des neuen Firmennamens keinen Einfluß.¹¹² Mit der Belegschaft der Druckerei stand Behrmann jedoch auf gutem Fuß. Am 25. März übergab er ihr den laut Gesellschaftsvertrag zustehenden Reingewinn aus dem ersten Vierteljahr der Tätigkeit der DDV in der Höhe von

¹⁰⁸ Strigl war von Beruf Mittelschullehrer in kaufmännischen Fächern, auch beedeter Gerichtssachverständiger und als ehemaliger KZ-Häftling politisch einwandfrei (Slapnicka, Politische Führungsschicht 1918–1938, wie Anm. 6, 254; NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Verfügung, Landesgerichtspräsident, 29. September 1945).

¹⁰⁹ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Van Eerden an Chief ISB, 30. Jänner 1946.

¹¹⁰ Die Gewinne der DDV waren in der Tat beträchtlich. Im Jänner 1946 wies die DDV einen Gewinn von 115.057,84 Schilling auf; Ende Mai waren die Gewinne auf 609.094,16 Schilling und bis Ende August auf 1.001.541,63 angestiegen (NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Pettegrove an Ladue, DDV and DDG, 6. Februar 1947).

¹¹¹ Gustenau, Presse vom „Stände-Staat“ zum „Dritten Reich“ (wie Anm. 27), 497; NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, McChrystal an Lloyd M. Hanna, The Wimmer Verlag Linz, 11. März 1946; Carling an McChrystal, Wimmer Verlag, 22. März 1946; Hanna, Order to Property Control, 22. März 1946.

¹¹² NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Denkschrift über die Fa. Wimmer, 4. Jänner 1946.

129.421,57 Schilling, die der Alters- und Invalidenversicherung gewidmet wurden. Dafür beanspruchte Behrmann den Titel „Sozialer Betrieb“ für die DDV.¹¹³

Noch erfreute sich Behrmann des Vertrauens der Besatzungsmacht. So wurde er zum Beispiel von den Amerikanern eingeladen, zusammen mit Dr. Canaval von den „Salzburger Nachrichten“ und Egon Kieffer vom „Wiener Kurier“, die amerikanische Besatzungszone in Deutschland zu besuchen.¹¹⁴ Aber Ende Mai 1946 wurde der bereits schwelende Konflikt zwischen Behrmann und dem Kuratorium offenbar. Hans Strigl erstattete als Vorsitzender des Arbeitsausschusses gemäß der Geschäftsordnung am 28. Mai den Prüfungsbericht zum Rechnungsabschluß der DDV für den 31. Dezember 1945. Damit begann ein veritabler Krieg zwischen der DDV einerseits, hauptsächlich vertreten durch Behrmann und Maleta, und dem Kuratorium mit Strigl, dem Magistratsdirektor Dr. Egon Oberhuber und dem Kulturbeamten in der Landesregierung Dr. Franz Pfeffer als Sprachrohre. Beide Seiten wandten sich an ISB Wien, das versuchte, die unangenehme Rolle des Schiedsrichters zu spielen. Der Konflikt zog sich bis zum Frühjahr 1947 hin. Letzten Endes mußte sich die amerikanische Besatzungsmacht massiv einschalten, um ihre Interessen zu wahren. Sie stand unter Zeitdruck, da für Mitte 1947 die Rückgabe der Lizenzierungshoheit an die österreichischen Behörden geplant war.

Der Strigl-Bericht äußerte sich kritisch über die Gebarung der DDV und dem Pachtvertrag mit der Demokratischen Druckgesellschaft (vormals Wimmer KG). Sehr zum Verdruß Behrmanns sprach Strigl der DDV den Status eines steuerfreien gemeinnützigen Unternehmens ab, da an die Gesellschafter jährlich 129.600 Schilling ausgeschüttet werden konnten, die vor der Berechnung des Reingewinnes abgezogen wurden. Auch fand Strigl eine Nachtragsbuchung von 157.307,30 Schilling höchst verdächtig.¹¹⁵ Wütend über Strigls Kritik, die auf eine Infragestellung seiner geschäftlichen Fähigkeiten und seiner moralischen Integrität hinauslief, traf Behrmann seine Gegenmaßnahmen. Als erstes zweifelte er Strigls Expertise als Rechnungsprüfer an, indem er eine Überprüfung der DDV-Bücher durch Ferdinand Lughofer, einem von ihm gewählten Experten durchführen ließ, der, nicht überraschend, die Bücher für in Ordnung befand. Inzwischen war ein weiterer Schlag gegen Behrmanns Interessen erfolgt: Bürgermeister Koref, auf dessen Unterstützung er gerechnet hatte, zog sich aus dem Verlegergremium zurück.¹¹⁶

¹¹³ OÖN vom 26. März 1946.

¹¹⁴ NA, RG 260/3/23 ISB Newsoperations, Henry C. Alter an Acting Chief ISB, Austrian Correspondents' Trip to Germany, 3. Mai 1946.

¹¹⁵ Dabei handelte es sich um einen Betrag, der tatsächlich dem ISB geschuldet wurde. Es waren die Gewinne, die die „Oberösterreichischen Nachrichten“ vor dem 6. Oktober 1945, dem Tag der Übergabe an die DDV, erzielt hatten (NA, RG 260/3/23 ISB Communications, Behrmann an ISB, 22. Mai 1946).

¹¹⁶ Im Juni 1946 teilte Bürgermeister Koref Behrmann mit, daß er bereits seit einem halben Jahr den Austritt aus der DDV anstrebe, da er als Obmann der SPÖ (Landesleitung Oberösterreich) verpflichtet sei, sich an den Beschluß des Parteivorstandes zu halten, demzufolge er wegen seiner exponierten Stellung als führender Parteifunktionär nicht dem Vorstand einer neutralen Zeitungs- und Verlagsgesellschaft angehören könne. Aber im Geiste der seinerzeit geführten Verhandlungen, führte Koref weiter aus, sei die Partei vollauf berechtigt, einen ihr geeignet erscheinenden Vertreter namhaft zu machen. Nach Verhandlungen mit ISB Wien wurde Korefs Sitz im Gremium der Herausgeber an den sozialistischen Druckereifachmann Franz Zamazal übergeben, der aber bei weitem nicht das Prestige Korefs besaß (NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Koref an Behrmann, 21. Juni 1946; Behrmann an Van Eerden, 25. Juni 1946; Ladue an Behrmann, 25. Juni 1946; NA, RG 260/3/23 ISB Communications, Ladue an Behrmann, 16. Juli 1946).

In die Enge getrieben, unternahm Behrmann Schritte, das lästige Kuratorium durch Änderungen des Gesellschaftsvertrages zu schwächen und einige Funktionen an einen Aufsichtsrat zu übertragen, der nur mehr eine indirekte Überwachung ausüben würde, anstatt des Kuratoriums, dem auf Grund des Gesellschaftsvertrages eine direkte Einmischung in die DDV zustand. Eine Wiederholung von Untersuchungen à la Strigl sollte damit unterbunden werden.¹¹⁷ Allerdings bestand auch der Aufsichtsrat nicht gerade aus Jasagern. Vorsitzender war Dr. Gustav Canaval, Chefredakteur der „Salzburger Nachrichten“; weitere Mitglieder waren Landesrat Felix Kern, Hofrat Dr. Hans Hierzenberger, ein pensionierter Finanzbeamter, Dr. Josef Scherleitner, Vizebürgermeister von Linz. Dazu kamen noch zwei Leute aus der DDV selbst: Betriebsratsobmann Emil Heinicke und der kommunistische Redakteur der „Oberösterreichischen Nachrichten“ Richard Entinger.¹¹⁸

Um seine Feinde im Kuratorium einzuschüchtern, ließ Behrmann verlauten, daß er diesen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Amerikaner unternommen habe.¹¹⁹ Seine Feinde blieben unbeeindruckt und berieten während der toten Sommermonate über eine Strategie, die zur Entmachtung des in ihren Augen diktatorischen Behrmanns führen sollte. Dafür hatten sie sich natürlich die Unterstützung der Besatzungsmacht zu sichern. Eine Schwächung von Behrmanns Position wurde durch die amerikanische Besatzungsmacht selbst herbeigeführt, als am 22. November 1946 die Entbindung Behrmanns von seiner Treuhänderschaft in der Druckerei und die Rückstellung des Eigentums an die Familie Streit durch die Property Control Sektion bekanntgegeben wurde. Mit der Rückkehr der Druckerei an die Familie Streit ging auch die Übernahme des Namens „Demokratische Druckgesellschaft“ einher. DDG hatte aber eine fatale Ähnlichkeit mit DDV. Die Lage spitzte sich zu.

Als mehrere Sitzungen mit dem Kuratorium über eine weitere Revision des Gesellschaftsvertrages zu keinem Ergebnis führten, sah sich Behrmann veranlaßt, Van Eerden zu ersuchen, an einer am 13. Dezember 1946 stattfindenden Sitzung des Kuratoriums teilzunehmen.¹²⁰ Van Eerden nahm zwar teil, weigerte sich aber, aktiv einzugreifen, da er die Auseinandersetzung zwischen DDV und Kuratorium noch als eine rein österreichische Angelegenheit betrachtete. In einer privaten Konversation versicherte er jedoch Behrmann, daß er den Standpunkt des Verlegergremiums recht gut verstehen könne.¹²¹ Mehr Ermutigung zum entschlossenen Handeln benötigte Behrmann nicht. In einer Generalversammlung der DDV am 20. Dezember 1946 beschlossen die sechs Gesellschafter (Maleta, Nicolet, Behrmann, Lettner, Haider, Zamazal) einstimmig, den Gesellschaftsvertrag in der Weise abzuändern, daß das Kuratorium vollständig eliminiert und seine Funktionen vom Aufsichtsrat der DDV übernommen würden. *Der aus sechs Personen von der Generalversammlung gewählte Aufsichtsrat übernimmt die in Abschnitt 5 [des Gesellschaftsvertrages] festgelegte Gewinnverteilung, das ist ein Drittel des jährlichen Gewinnes der Gesellschaft zur Subventionierung von kulturellen und sozialen Hilfs-*

¹¹⁷ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, DDV, Provisional chronology, 4. September 1945 – 11. Jänner 1947.

¹¹⁸ NA, RG 260/26/369 ISB Operations, Behrmann an Strigl, 23. Dezember 1946.

¹¹⁹ Der revidierte Gesellschaftsvertrag wurde am 31. Juli 1946 notariell beglaubigt und am 29. Oktober 1946 im Handelsregister protokolliert: *Die Generalversammlung (d. h. die sechs Gesellschafter der DDV) vom 29. 6. 1946 hat den Gesellschaftsvertrag in den Punkten 4) und 5) abgeändert.* NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Pettegrove an Fox, Handelsregister, 15. Februar 1947.

¹²⁰ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Behrmann an Pfeffer, 12. Dezember 1946.

¹²¹ NA, RG 260/26/369 ISB Operations, Behrmann an Van Eerden, 23. Dezember 1946.

maßnahmen, wobei dem Journalistennachwuchs und dem Nachwuchs des graphischen Gewerbes ein Vorrecht einzuräumen ist. Weiters wurde beschlossen, aus allen Punkten des Statutes die Funktionen des „Vereines Kuratorium der Oberösterreichischen Nachrichten“ zu entfernen.¹²² Damit waren für das Herausbergremium und dem Aufsichtsrat der DDV die Möglichkeit gegeben, die Gewinne gemäß ihren eigenen Prioritäten zu verteilen. Weitere Änderungen der Statuten sahen die Ernennung Behrmanns zum Generaldirektor der DDV und eine Neuregelung der finanziellen Einkünfte der Gesellschafter vor. Den Partnern wurde erlaubt, an Stelle der monatlichen 1.800 Schilling nicht mehr als zehn Prozent des Gewinnes der DDV einzubehalten.¹²³

Die Benachrichtigung, daß die Aufgaben des Kuratoriums auf Grund der Beschlüsse der DDV entfallen, beantworteten Strigl und zwölf weitere Mitglieder des Kuratoriums mit einer scharfen Aufforderung an Behrmann, den ursprünglichen Rechtszustand wiederherzustellen.¹²⁴ Mit gleicher Post wurde ISB Wien vom Standpunkt des Kuratoriums unterrichtet. Die Gesellschafter der DDV bestätigten jedoch am 10. Jänner 1947 ihre Entscheidung und gaben bekannt, daß sie den Rechtsanwalt Zamponi zur Vertretung ihrer Interessen bestellt hatten.¹²⁵ Bereits Mitte Dezember 1946 hatten sich Strigl und Magistratsdirektor Oberhuber an Pettegrove, dem Vertreter des ISB in Linz, gewandt, um ihm ihre Beschwerden vorzutragen. Pettegrove wurde so zu einem wichtigen Mitspieler in dem sich weiter entfaltenden Schauspiel mit komödiantischen Zügen. Er war im allgemeinen den Argumenten der im Kuratorium vertretenen „ingesessenen“ oberösterreichischen Eliten aufgeschlossener als Van Eerden, dessen Sympathien noch immer bei Behrmann waren.

Besonders aufschlußreich war ein Gespräch zwischen Oberhuber und Pettegrove, in dem die Animositäten der „bodenständigen“ Eliten gegen den Außenseiter klar zum Ausdruck kamen. Vorerst versicherte Oberhuber dem Amerikaner, daß die intensive Untersuchung der finanziellen Gebarung der DDV durch Strigl keineswegs auf dessen persönlicher Feindschaft gegen Behrmann beruhe, sondern Strigl von ihm selbst, Bürgermeister Koref und Vertretern der Volkspartei dazu ermutigt worden war, da sie nicht länger als „Aushängeschild“ für ein Geschäftsunternehmen benützt werden wollten, an dessen Spitze ein Mann stand, über dessen Vergangenheit, geschäftlichen Qualifikationen und Charakter sie nichts wußten. Behrmanns Verhalten erinnere die verantwortlichen Mitglieder der Landesregierung und der Linzer Stadtregierung an den schrecklichen Gauleiter Eigruber. Auch Behrmann sei von einer ausländischen Macht eingesetzt und wende die preußische Methode des Terrors gegen jedwede Oppo-

¹²² NA, RG 260/26/369 ISB Operations, Protokoll, Gesellschaftsversammlung der DDV, 20. Dezember 1946.

¹²³ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, DDV, provisional chronology, 4. September 1945 – 11. Jänner 1946.

¹²⁴ NA, RG 260/26/369 ISB Operations, Behrmann an Strigl, 23. Dezember 1946. NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Strigl et al. an Behrmann, 9. Jänner 1947.

¹²⁵ Am 31. Jänner 1947 wurden die Änderungen im Gesellschaftsvertrag der DDV im Handelsregister Linz protokolliert. Die Drittelung der Gewinne war beibehalten worden – ein Drittel für die Sozialversicherung der Belegschaft, ein Drittel für den technischen Aufbau des Betriebes, ein Drittel für kulturelle Zwecke. Das letzte Drittel wurde wie folgt verteilt: 25 Prozent zur Förderung des Buchwesens, 25 Prozent zur Förderung des Bibliothekwesens, 25 Prozent als Zuschuß zur Ausbildung des graphischen Gewerbes und des Redaktionspersonals, 25 Prozent für künstlerische und kulturelle Zwecke der Stadt Linz (NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Pettegrove an Fox, 15. Februar 1947).

sition an. Behrmann deckte jeden seiner Schritte mit der autoritären Begründung ab, daß es die Amerikaner so und nicht anders wollten. Bürgermeister Koref und Landeshauptmann Gleißner und die anderen Führer von SPÖ und ÖVP seien entschlossen, der diktatorischen Politik Behrmanns entgegenzutreten. Weiters vertraten er, Oberhuber, und Strigl die allgemeine Meinung, daß Behrmann seine Verbindungen zu den amerikanischen Behörden dazu mißbrauche, enorme Profite zu machen. Zusammenfassend berichtete Pettegrove, daß die Anschuldigungen gegen Behrmann diese seien: Er ist Außenseiter; er handelt wie ein Preuße; er muß Jude sein, obwohl er es verneine. Er hat keinen widerspruchsfreien Lebenslauf vorgewiesen: Es ist unklar, auf welcher Universität er studiert habe, welche geschäftlichen Qualifikationen er besäße. Er wendet diktatorische Methoden an, um seine Ziele zu erreichen. Er mißbraucht seine Kontakte mit den amerikanischen Besatzungsbehörden, um sich persönliche Vorteile zu sichern.¹²⁶ Angesichts der schweren Anschuldigungen gegen Behrmann und der außergewöhnlichen Verstimmung der Parteiliten Oberösterreichs über die Protektion, die die Besatzungsmacht Behrmann angedeihen ließ, war ISB Wien gezwungen, auf eine Politik der Schadensbegrenzung einzuschwenken. Mit dieser Aufgabe wurde Douglas Fox, der Vertreter Van Eerdens, vom Chef des ISB Colonel Laurence Ladue, gleichzeitig Vorsitzender des Publications Board, betraut.¹²⁷ In

¹²⁶ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, James P. Pettegrove, Graphic Display Officer, ISB Linz an Dr. Albert Van Eerden, Deputy Chief of Branch, ISB Vienna. The case of Upper Austria against Dr. Behrmann, 16. Dezember 1946. *Dr. Oberhuber said that Strigl's intensive investigations of the Demokratischer Druckverlag was not a personal matter, but was encouraged by Dr. Oberhuber and Dr. Koref, as well as the representatives of the Volkspartei, because these men did not wish to be used as „signboard“ (Aushängeschild) for a business enterprise headed by a man of whom they knew nothing as to his past record, his business experience and personal character. Dr. Oberhuber said that from the point of view of the responsible members of the Upper Austrian government and also of the Linz municipal government, Dr. Behrmann represents as formidable a person as Nazi Gauleiter Eigruber. He was set up by a foreign (American) authority and he used Prussian methods of terrorizing all opposition. Dr. Behrmann covers every move he makes with the authoritarian statement: „The Americans want it this way.“ Dr. Oberhuber said that Dr. Koref, mayor, Dr. Gleißner, Landeshauptmann, and the heads of the Socialist and People's Parties are in unanimous opposition to Dr. Behrmann's dictatorial policies. On one occasion, when Dr. Behrmann came back from a trip to Vienna with fresh „orders“ from the „Americans“, Dr. Koref said in despair: „We can do nothing with this man so long as the Americans are here.“ Both Oberhuber und Strigl expressed what seems to be a common opinion here, that Behrmann is abusing his position with the American forces by making „fabulous“ financial profits. They are envious of 1) his 20.000 shillings profit as partner of Demokratischer Druckverlag, 2) his salary of 18.000 shillings a year as business manager of „Oberösterreichische Nachrichten“, 3) his income as American trustee of the former Wimmer publishing firm, 4) his income from the Brückenverlag and 5) his income from the newly established newspaper and distributing business with branches all over Austria. They say that Dr. Behrmann could not possibly have established these enterprises, had he not brought pressure from his position of influence with the American authorities. To summarize, feelings, against Dr. Behrmann are chiefly these: 1. He is an outsider. 2. He acts like a Prussian. 3. He must be a Jew, even though he denies it. 4. He has never given a consistent picture of his past life: of the university he studied at, of his business experience etc. 5. He applies dictatorial methods towards accomplishing his aims. 6. He is utilizing his position of intimate contact with the American Forces of Occupation to his personal advantage.*

¹²⁷ Oberst Laurence K. Ladue war Berufsoffizier und wurde am 1. Juli 1946 zum neuen Leiter des ISB ernannt. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Colonel Grogan war er ein Mann, der infolge seines ausgeglichenen Temperaments auch ein guter Zuhörer war, und sich nach Anhören anderer Standpunkte auch fähig erwies, sich eine eigene Meinung zu bilden und diese auch durchzusetzen. Ladue blieb bis Mai 1947 in Wien. Er fiel im Mai 1951 in Korea (Rathkolb, Politische Propaganda, wie Anm. 7, 103).

einer Konferenz der maßgebenden ISB-Beamten wurde entschieden, Behrmann nahezulegen, seine Partner zu überzeugen, den Gesellschaftsvertrag der DDV gemäß den folgenden Bedingungen zu revidieren: 1.) Der Manager der DDV sollte von den Partnern gewählt werden, aber vorbehaltlich der Zustimmung des Kuratoriums. Weiters sollte das Kuratorium die Gewalt haben, den Manager zu entlassen. 2.) Das Recht, Änderungen am Gesellschaftsvertrag vorzunehmen, bleibt dem Kuratorium überlassen. 3.) Die Partner erhalten eine finanzielle Entschädigung nur für tatsächlich von ihnen geleistete Arbeit. 4.) Die Überprüfung der Bücher der Gesellschaft soll von einem vom Kuratorium ernannten Rechnungsprüfer vorgenommen werden. 5.) Der Aufsichtsrat wird aufgelöst. Das Kuratorium soll nur aus Leuten von Linz und Oberösterreich bestehen. Es wäre auch höchst wünschenswert, Landeshauptmann Gleißner den Vorsitz im neuen Kuratorium zu übertragen. 6.) Eine private Gesellschaft, in der ein Partner der DDV ein finanzielles Interesse habe, dürfe vom Kuratorium keine Zuschüsse erhalten. Behrmann wurde zwei Wochen Zeit gegeben, ISB einen revidierten Gesellschaftsvertrag zu unterbreiten.¹²⁸

Es war also eine strenge Beschneidung der absolutistischen Rolle der Gesellschafter vorgesehen. Allerdings sollte der Anschein erweckt werden, daß die Reform von Behrmann und seinen Partnern selbst käme. Behrmann, dem es ja keineswegs an Flexibilität mangelte, antwortete ISB zunächst mit einer *hinhaltenden Strategie*. Mit den Punkten 1, 4 und 6 erklärte er sich einverstanden, bei Punkt 2 machte er den Vorbehalt, daß eine Revision des Gesellschaftsvertrages von einer Zweidrittelmehrheit der Partner und des Kuratoriums zusammengekommen abhängig sein sollte. Auch wollte er in Punkt 5 an Dr. Canaval festhalten und ihm im neuen Kuratorium einen Sitz zuweisen, da er geborener Linzer sei, alle Persönlichkeiten kenne und sich mit Landeshauptmann Gleißner duze. Mit Punkt 4, dem finanziell springenden Punkt, war Behrmann zunächst nicht einverstanden, änderte aber ein paar Tage später seine Meinung.¹²⁹ Landeshauptmann Gleißner konnte nach längerem Zögern von den ISB-Beamten dazu bewegt werden, den Vorsitz in einem Kuratorium führender Bürger zu übernehmen. Es wurde ihm angedeutet, daß er die meisten Mitglieder selbst auswählen könne. Gleißner wurde nahegelegt, sich am Beispiel des Kuratoriums für die „Salzburger Nachrichten“ zu orientieren. Daß durch Gleißners Auswahl das Kuratorium auf Grund der Mehrheitsverhältnisse de facto von ÖVP-nahen Persönlichkeiten geprägt würde, schien die amerikanischen Beamten nicht zu stören.¹³⁰ Überraschend kam auch ein Vorschlag der ISB-Beamten, mit der Drei-Parteien-Vertretung im Verlegergremium Schluß zu machen. Da die Parteienvertreter ihr Gehalt regelmäßig der eigenen Partei zuführten, könnte man den Eindruck gewinnen, daß die Zeitung sich verpflichte, den Parteien gegenüber keine Kritik in ihren Spalten erscheinen zu lassen.¹³¹ Augenscheinlich waren dies schwächliche Versuche, den Einfluß der politischen Parteien aus dem Verlegergremium auszuschalten und das Kuratorium mit einer sicheren konservativen und ihrer Ansicht nach parteineutralen Mehrheit auszustatten. Augenscheinlich waren mit der Anheizung des Kalten Krieges Zweifel an der Richtigkeit des verlegerischen Experiments des Zusam-

¹²⁸ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Action on DDV, 16. Februar 1947, Conference: Col. Ladue, Mr. Maag, Mr. Van Eerden, Mr. Fox.

¹²⁹ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Bericht über die Aussprache zwischen Mr. Fox und Dr. Behrmann, 16. Jänner 1947.

¹³⁰ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Fox an Landeshauptmann, 27. Jänner 1947. Zum Kuratorium der „Salzburger Nachrichten“ Hausjell, Gescheiterte Alternative (wie Anm. 88), 21.

¹³¹ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Bericht, Aussprache Fox-Behrmann, 18. Jänner 1947.

menkoppeln's weltanschaulich verschieden eingestellter Lizentiaten aufgetaucht, Zweifel, die sich allerdings nicht zu einer Forderung nach Entlassung des kommunistischen Lizentiaten verdichteten.

Behrmann blieb nicht untätig und organisierte den Widerstand gegen die amerikanischen Wünsche. Im Verlegergremium schlug er vor, den amerikanischen Druck durch eine neue Konstruktion des Verhältnisses zwischen DDV und DDG (vormals Wimmer KG) zu unterlaufen. Durch strikte Anwendung des österreichischen Rechtes versuchte Behrmann die Amerikaner, die ja immer behaupteten, Österreichs Souveränität wiederherstellen zu wollen, in die Enge zu treiben. Er, Behrmann, habe sich selbst in der Nazizeit nicht unterworfen; er werde sich auch dagegen wehren, aus den unabhängigen „Oberösterreichischen Nachrichten“ eine amerikaabhängige Zeitung zu machen. Mit anderen Worten, Behrmann versuchte, die Amerikaner, deren Ziel eine unabhängige Presse war, beim Wort zu nehmen und die Idee einer unabhängigen Presse gegen sie selbst zu richten. Der Plan, den Behrmann seinen Partnern vorschlug, bestand aus folgenden Schritten: Die Gesellschafter würden auf die Vorschläge der amerikanischen Beamten eingehen und die Verträge der DDV und des Kuratoriums demgemäß revidieren; Gewinne aus dem Druck der Zeitung würden nach Abzug der Steuern dem Sozialfonds des Kuratoriums zur Verfügung gestellt. Die Gesellschafter entwerfen für die gepachtete Druckerei (DDG) einen Gesellschaftsvertrag nach dem österreichischen Ges.m.b.H.-Gesetz. Die Gewinne der Druckerei gehen an die Gesellschafter. Die Gesellschaft wird ein Stammkapital von 42.000 Schilling aufweisen. Sollte ein Gesellschafter nicht die nötigen 7.000 Schilling haben, würde Behrmann für Darlehen Sorge tragen. Behrmanns Vorschläge wurden einstimmig angenommen. Der Vertrag bedurfte natürlich einer juristischen Überprüfung, die Zeit brauchte, weshalb Behrmann beauftragt wurde, bei ISB Wien eine Verlängerung des Termins zu erwirken.¹³²

Behrmanns Verzögerungstaktik erregte den Unwillen der Besatzungsmacht. Fox warnte Behrmann, daß ISB sich gezwungen sähe, ihr Interesse an den „Oberösterreichischen Nachrichten“ einer Prüfung zu unterziehen. Die Zeitung hätte bereits mehr Ärger verursacht, als sie wert sei. Vollkommen negativ war Colonel Ladues Haltung. Da vorauszusehen war, daß der größte Teil der Gewinne aus der Tätigkeit der Druckerei und nicht dem Zeitungsverlag stammen würde, verdiene Behrmanns neuester Trick einschneidende Maßnahmen. *In setting up [the printing shop] as a separate profitmaking establishment Behrmann and his partners had again put one over on ISB and had again violated the spirit of their original agreement with this Branch.* Nur mit Mühe konnte Ladue davon abgehalten werden, das amerikanische Permit überhaupt zurückzuziehen.¹³³

Die Gründung der neuen Gesellschaft in Linz hatte einen Haken. Mit der Rückstellung der Druckerei (DDG) an die Familie Streit durch Property Control ging auch der von Behrmann so voreilig erzwungene Titel „Demokratische Druckgesellschaft“ an die Eigentümer über. Da gesetzlich zwei Firmen mit demselben Namen nicht erlaubt waren, mußte sich Behrmann an die Familie Streit wenden, ihr Eigentum wieder unter dem alten Firmennamen J. Wimmer KG zu verwalten.¹³⁴ In einer ironischen Wendung der Situation benötigten Behrmann und Streit dazu

¹³² NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Protokoll über die Generalversammlung der DDV, 1. Februar 1947.

¹³³ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Addition to File: Action DDV, 31. Jänner 1947.

¹³⁴ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Behrmann an Beurle, 6. Februar 1947.

die Rücknahme des Befehls der regionalen Militärregierung vom 22. März 1946. Ein wütender Colonel Lloyd Hanna weigerte sich aber, auf Behrmanns Schliche einzugehen.¹³⁵ Aber auch in Wien war man sich klar, daß Behrmanns Hauptinteresse die Benützung des wertvollen Firmennamens „Demokratische Druckgesellschaft“ für seine neugegründete Ges. m. b. H. war, er aber gesetzlich davon abgehalten wurde, solange die Familie Streit ihn benütze.¹³⁶

Große Sorge bereitete Behrmann ein neuer Vorstoß des alten Kuratoriums, die DDV aufzulösen und die Zeitung den Händen Behrmanns und seiner Mitgesellschafter ganz zu entwenden. An die Stelle der DDV sollte ein öffentlich-rechtlicher Verein treten, in der die einzelnen Mitglieder keinerlei Eigentums- und Gewinnansprüche hätten. Die Strigl-Gruppe zitierte als nachahmenswerte Beispiele die Organisation der österreichischen Sparkassen und des österreichischen Alpenvereins, die beide für das öffentliche Wohl verwaltet würden und nicht auf Gewinn gerichtet seien. Der Verein, dem das Eigentum über den Zeitungsverlag übergeben werden sollte, würde sich aus Vertretern der Landesregierung, der Linzer Stadtregierung, der Kammern, des kulturellen Lebens und der Belegschaft des Verlages zusammensetzen. Mit den vom Geist der öffentlichen Wohlfahrt Inspirierten meinten sie natürlich sich selbst.¹³⁷

Während den ISB-Beamten die Attacke auf das Verlegergremium willkommen war, da sie den beunruhigten Behrmann „schwitzen“ lassen wollten, um ihn gefügiger zu machen, waren sie nicht bereit, die „Oberösterreichischen Nachrichten“ dem alten Kuratorium auszuliefern. Mehr und mehr kamen sie zum Schluß, daß sie selbst den Entwurf eines neuen Gesellschaftsvertrages in die Hand nehmen mußten. Diese Aufgabe wurde einigen Beamten der Rechtsabteilung der USACA übertragen, wovon der wichtigste Logan E. Hysmith war, von Beruf Rechtsanwalt in New York und ein ausgezeichnete Kenner des österreichischen Rechtes. Eine gewisse Eile war geboten, da in absehbarer Zeit mit der Aufhebung der alliierten Einschränkungen auf dem Gebiete des Zeitungs-, Zeitschriften- und Verlagswesens zu rechnen war, der Zeitungsverlag der „Oberösterreichischen Nachrichten“ jedoch nur eine amerikanische Lizenz hatte. Zum weiteren Erscheinen war eine österreichische Konzession nötig, deren Gewährung von der Landesregierung abhängig sein würde. Offensichtlich war es den ISB-Beamten darum zu tun, noch vor Aufhebung ihrer Kontrollmöglichkeiten eine ihnen genehme Lösung der Affäre zu errei-

¹³⁵ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Hanna an Behrmann, Demokratische Druckgesellschaft, 13. Februar 1947; Behrmann an Hanna, 17. Februar 1947. Bereits am 8. Februar hatte Oskar Streit eine Eingabe beim Handelsregister Linz überreicht mit dem Ersuchen, eine Änderung des Firmennamens von „Demokratischer Druckgesellschaft KG“ zurück auf „J. Wimmer KG“ vorzunehmen. Der verantwortliche Beamte beim Handelsregister verweigerte die Änderung mit dem Argument, daß die ursprüngliche Änderung auf Befehl der Militärregierung erfolgt sei und daher ihre Erlaubnis für die abermalige Änderung nötig sei (NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Pettegrove an Fox, Handelsregister, 15. Februar 1947). Tatsächlich wurde die Namensänderung erst am 20. Februar 1952 durchgeführt (Gustenau, Presse vom „Stände-Staat“ zum „Dritten Reich“, wie Anm. 27).

¹³⁶ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Pettegrove an Fox, Note accompanying letter on subject changing name of DDG to J. Wimmer, 20. Februar 1947.

¹³⁷ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Pettegrove an Fox, Meeting with Dr. Pfeffer and Dr. Strigl, 21. Februar 1947; Members of the Kuratorium an Ladue, 21. Februar 1947. Der Brief an Colonel Ladue war von 13 der 18 Mitglieder des Arbeitsausschusses des Kuratoriums signiert, darunter Strigl als Vorsitzender, Pfeffer als Sekretär und Oberhuber. Von den sechs Mitgliedern, die nicht unterschrieben, war einer Behrmanns Rechtsanwalt, einer Behrmanns Notar, einer sein Angestellter; drei zeigten sich an der ganzen Angelegenheit desinteressiert.

chen.¹³⁸ Angesichts der Animositäten gegen Behrmann war es nicht ausgeschlossen, daß die oberösterreichischen Behörden ihm eine Konzession verweigern würden.

Behrmanns Arroganz verführte ihn nun zu einer falschen Einschätzung seiner Position gegenüber den Amerikanern. Die Absicht der Amerikaner, die Angelegenheit der DDV nach rein rechtlichen Gesichtspunkten zu lösen, gab ihm ein unangebrachtes Gefühl der Sicherheit. Er nahm an, daß die Angelegenheiten der DDV, der DDG und der „Oberösterreichischen Nachrichten“ rechtlich den amerikanischen Behörden nichts mehr angehe, denn als sie im Oktober 1945 die „Oberösterreichischen Nachrichten“ an die DDV übergaben, wurde ausdrücklich festgehalten, daß die Zeitung unabhängig und die DDV eine österreichische Firma sei, daher beide den österreichischen Gesetzen und nicht amerikanischen Interventionen unterworfen waren. Zur Bekräftigung seiner Argumente brachte Behrmann von nun an seinen Partner Maleta zu den Besprechungen mit den amerikanischen Behörden mit. Behrmann nahm auch Kontakt mit Landeshauptmann Gleißner auf. Laut Behrmann sei der Landeshauptmann willens gewesen, den Vorsitz im neuen Kuratorium zu übernehmen. Er würde die Verteilung des Drittels der DDV-Gewinne nur nach Absprache mit den DDV-Partnern vornehmen. Behrmanns amerikanische Gesprächspartner hatten keine Zweifel mehr, daß für ihn die DDV nur eine armer Verwandter sei, den er aus Prestige Gründen unterstütze, er aber seine Millionen aus der Tätigkeit der DDG, das heißt der gepachteten Druckerei, machen wolle.¹³⁹ ISB hatte mittlerweile auch Erkundigungen über Behrmann eingezogen. Behrmann hatte sich viele Feinde gemacht, die nunmehr, als es schien, daß Behrmann nicht mehr Liebkind der Besatzungsmacht war, mit Informationen nicht geizten.¹⁴⁰

Andererseits begannen die ISB-Beamten auch sanften Druck auf Landeshauptmann Gleißner auszuüben, der DDV eine österreichische Konzession zu gewähren. ISB ließ den Landeshauptmann wissen, daß die Amerikaner der Gründung der neuen Gesellschaft (DDG) nicht zustimmten und dies im neuen Gesellschaftsvertrag für die DDV, der von der amerikanischen Rechtsabteilung entworfen werde, verankert sein würde. ISB ließ auch durchblicken, daß die Idee eines „publishing empire“, die in Behrmanns Konzept der DDG durchschimmere, abschlägig beurteilt werde und die Integrität der DDG als Eigentum der Familie Streit, mit der die DDV einen Pachtvertrag habe, nicht angetastet werden dürfe. Augenscheinlich hatte ISB ein „Geschäft“ mit der Landesregierung ins Auge gefaßt. Im Austausch für das amerikanische Nein zu Behrmanns Machenschaften (DDG) wurde ein österreichisches Ja zur Gewährung einer Konzession an die DDV erwartet, damit der Zeitungsverlag *soon will be what it was intended to be: a substantial non-profit undertaking working for the best interests of Upper Austria*, also ein gemeinnütziges Unternehmen, worüber der Landeshauptmann und seine Freunde über das Kuratorium beträchtlichen Einfluß ausüben könnten. Auch gaben die ISB-Beamten zu verstehen, daß sie im Falle einer Nichteinigung für die „Oberösterreichischen Nachrichten“

¹³⁸ NA, RG 260/28/431 ISB Operations, Wopelka, Leiter der Kulturabteilung des Amtes des OÖ. Landesregierung, Besprechung über das oberösterreichische Zeitungs-, Zeitschriften- und Verlagswesen, 22. Jänner 1947; Ladue an Commissioner, US Forces in Austria, The return of authority to license publishers to Austrian authorities in the US Zone.

¹³⁹ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Pettegrove an Fox, Three meetings with Dr. Behrmann, 18. Februar 1947.

¹⁴⁰ Etwa NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Pettegrove an Fox, Personal testimony on Dr. Behrmann, 20. Februar 1947.

und die DDV eine Ausnahmebehandlung im Rahmen der Rückgabe der Lizenzhoheit an die oberösterreichischen Behörden verlangen würden.¹⁴¹

Während in Wien eine Entscheidung gegen Behrmanns unlautere Aktivitäten so gut wie getroffen war, versuchten Behrmann und Maleta noch immer, ihren Standpunkt durchzusetzen. In einem Meinungsaustausch mit Fox beklagten sie sich bitter, daß das Prestige der DDV durch die jetzt kursierenden Gerüchte schwer geschädigt würde und er, Behrmann, doch kein gewöhnlicher Krimineller sei. Man sage ihm nach, daß er nicht rechtmäßig geschieden sei, kein Doktorat besitze und jüdischer Herkunft sei.¹⁴² Besonders interessant waren Behrmanns und Maletas Kommentare über die Gefahr, die der Unabhängigkeit der „Oberösterreichischen Nachrichten“ drohe. Als Landeshauptmann Gleißner sich weigerte, weiter mit Behrmann über das Kuratorium zu verhandeln, da eine Sitzung der Landesregierung darüber bereits entschieden hatte, versuchten die beiden Partner ihrem amerikanischen Gegenüber klarzumachen, daß dies das Ende der Unabhängigkeit der Zeitung bedeute, da Dr. Gleißner ein hundertprozentiger Parteisolat sei und den Parteidirektiven folgen würde. Daher sei die Übernahme der „Oberösterreichischen Nachrichten“ nach dem Abzug der Amerikaner unvermeidlich. Die politischen Parteien hätten nämlich überhaupt kein Interesse an einer unabhängigen Presse. Wäre er, Maleta, ein guter Parteisolat, hätte er die „Oberösterreichischen Nachrichten“ schon längst zerstören müssen. *Da ... die Druckerei im Rahmen der Zeitungsgesellschaft dem Kuratorium unterstellt sein soll und die Zeitungsgesellschaft weitgehendst in der Willensbildung dem Kuratorium angepaßt werden soll, ist es notwendig, die Druckerei aus dem Willensbildungsstreit der Parteien herauszuhalten. Nach dem Abzug der Amerikaner besteht jederzeit die Möglichkeit, daß die Parteien den Wiedergutmachungsanspruch der SPÖ im Einverständnis mit der ÖVP über das Kuratorium auf Kosten der Fa. Wimmer durchführen.*

Nachdem so die Möglichkeit eines Parteiencoups in den schwärzesten Farben gemalt worden war, fanden Behrmann und Maleta es auch notwendig, den kapitalistischen Geist der Amerikaner zu beschwören. Die Gesellschafter der neuen Firma (DDG) hätten als Privatinhaber der Wimmer-Gesellschaft ein Interesse an einem modernen Maschinenpark. Aus diesem Grunde waren sie gewillt, sich mit ansehnlichem Eigenkapital zu beteiligen und durch ihre persönlichen Beziehungen erhebliche ausländische Valuten für den Einkauf von Maschinen aus dem Ausland bereitzustellen. Die sechs Gesellschafter übernahmen daher ein großes Risiko, da sie die persönliche Haftung trügen. Eine solche Unterstützung werde wohl den sechs Gesellschaftern im Ausland gegeben, nicht aber einer Zeitungsgesellschaft, deren Gewinn zugunsten der Öffentlichkeit verteilt wurde, und einem Kuratorium, dessen Personen jederzeit wechseln und keine persönliche Haftung übernehmen können.

¹⁴¹ NA, RG 260/3/23 ISB Communications, Memorandum Fox an Pettegrove, 25. Februar 1947. NA, RG 260/28/431 ISB Operations, Van Eerden an Pettegrove, Withdrawing of Military Government Publishing Permits, 24. Februar 1947.

¹⁴² Bei den Anschuldigungen stellte sich heraus, daß zwei von drei aus der Luft gegriffen waren. Er war in der Tat rechtmäßig von seiner Berliner Frau geschieden, lebte also nicht in Bigamie. Er war auch nicht jüdischer Abstammung. Es ist bezeichnend für die antisemitische Atmosphäre, daß sich Behrmann bemüht fühlte, vor den überraschten amerikanischen Beamten den physischen Wahrheitsbeweis anzutreten. Ein Doktorat hatte er allerdings nicht. Am 8. November 1948 legte er den Dokortitel in einem Schreiben an das Meldeamt der Polizeidirektion Linz mit der Begründung zurück, daß er ihn derzeit nicht nachweisen könne (OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756).

Zwei Schritte müßten unternommen werden, um die Unabhängigkeit der Zeitung zu bewahren: 1.) In einer Konferenz mit Colonel Ladue müsse dem Landeshauptmann klargemacht werden, daß es nicht seine Funktion sei, die DDV oder die „Oberösterreichischen Nachrichten“ zu übernehmen, sondern er lediglich Vorsitzender eines Kuratoriums sei, das sich den sozialen und kulturellen Interessen Oberösterreichs widme. 2.) Die Zeitungsdruckmaschinen und die Zeilensetz- und Gießmaschinen der DDG (gepachtet durch die DDV) müßten an eine private Firma übergeben werden, auf die kein Kuratorium eine Hand legen könne. Diese Privatfirma würde dann einen bindenden Vertrag mit der DDV, die Zeitung auf immerwährende Zeit zu drucken, eingehen.¹⁴³

Sehr zur Enttäuschung Behrmanns und Maletas mußten sie aber aus den von der amerikanischen Rechtsabteilung ausgearbeiteten Verträgen ersehen, daß ISB keinesfalls daran denke, ihren Wünschen zu entsprechen. Colonel Ladue, der wenig für Geschäftemacher übrig hatte, die sich auf Kosten des Prestiges der amerikanischen Armee ein Vermögen ergattern wollten, sah die ganze Angelegenheit sehr nüchtern: Der Pachtvertrag mit Wimmer sei ein Aktivposten der DDV und könne nicht auf eine andere Firma übertragen werden. Ladue bestritt natürlich nicht das Recht Behrmanns, Millionen Gewinne zu machen, solange er es nicht auf Kosten der DDV tat. Darüber gab es mit dem ehrenhaften Offizier keinen Kompromiß.¹⁴⁴ Aber noch gaben Behrmann und Maleta nicht auf, die Amerikaner von der „ungehemmten Besitzgier“ der politischen Parteien zu überzeugen. In einer außerordentlichen Generalversammlung ließen sie sich von den anderen Gesellschaftern bevollmächtigen, die ihrer Meinung nach naiven amerikanischen Offiziere und Beamten weiter über die Verderblichkeit und Bösartigkeit der österreichischen Parteien aufzuklären.¹⁴⁵ Aber alle Versuche, die Amerikaner davon zu überzeugen, daß sie, Behrmann und Maleta, die letzte Barriere seien, die zwischen einer unabhängigen Presse und dem Appetit der Parteien stünden, schlugen fehl. Keine Drohungen, sich aus der DDV zurückzuziehen und eine Konkurrenzzeitung zu gründen, keine Prahlereien, einflußreiche Freunde im Ausland zu haben, änderten die amerikanische Entscheidung.¹⁴⁶ Enttäuscht wurden allerdings auch die Mitglieder des alten Kuratoriums. Die DDV würde weiterbestehen mit den bisherigen Gesellschaftern, wenn auch streng kontrolliert durch ein neues Kuratorium. Für ihre Anstrengungen, den Anstoß zur Reform gegeben zu haben, wurde ihnen der Dank von ISB ausgesprochen.¹⁴⁷

Vom Standpunkt der amerikanischen Behörden blieb nur noch die Gewährung einer österreichischen Verlagskonzession an die DDV offen. Im Auge hatten sie eine allgemeine Kon-

¹⁴³ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Meeting Fox with Dr. Behrmann and Nationalrat Dr. Maleta, 25. Februar 1947; Partner' argument for necessity of DDG, 27. Februar 1947.

¹⁴⁴ NA, RG 260/29/447 ISB Operations, Fox an Pettegrove, 1. März 1947.

¹⁴⁵ OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Protokoll über die außerordentliche Generalversammlung der Demokratischen Druck- und Verlagsgesellschaft m.b.H. am 1. März 1947.

¹⁴⁶ NA, RG 260/3/23 ISB Communications, Pettegrove an Fox, Conference with Dr. Behrmann, 6. März 1947.

¹⁴⁷ NA, RG 260/29/447 ISB Operations, Van Eerden an Vereinsausschuß des Kuratoriums der DDV, 8. April 1947. Colonel Ladue veranlaßte auch die Auflösung einer Spezialkommission für Verlagskonzessionen, die von Behrmann und Dr. Gruen gegründet worden war, um, unter Mißbrauch ihrer guten Beziehungen zu der amerikanischen Besatzungsmacht, nur ihnen genehme Personen eine Konzession zu erteilen. Die Arbeit dieser Kommission war in den Augen der oberösterreichischen Behörden (Dr. Pfeffer, Dr. Baumgartner) *in some respects like that of a little Gestapo-Office for purifying the publishers' concessions* (NA, RG 260/3/23 ISB Communications, 10. Februar und 27. März 1947).

zession, die nicht nur zur Herausgabe einer Zeitung berechnete, sondern sich auch auf den Druck von Büchern und Zeitschriften erstreckte. Dabei demonstrierten die oberösterreichischen Behörden eine verdächtige Langsamkeit. Als ISB-Beamte die Erteilung der Konzession bei Hofrat Dr. Rienmüller, dem zuständigen Beamten in der Landesregierung, urgieren, fanden sie zu ihrer Überraschung heraus, daß er noch nichts über eine Konzession für die DDV gehört hätte. In der Handelskammer, die als erste Instanz Konzessionsanträge zu überprüfen hatte, wurde ihnen vom zuständigen Beamten erklärt, daß er den DDV-Antrag abschlägig beschieden habe, da auf dem Gebiete des Verlagswesens bereits zu viel Wettbewerb herrsche. Den ISB-Beamten wurde klar, daß nur ein Machtwort des Landeshauptmannes die leidige Angelegenheit in ihrem Sinne erledigen würde.

Der ISB-Beamte Fox, auf dem die Last einer endgültigen Bereinigung der ganzen Affäre ruhte, war damit beschäftigt, die Zustimmung wichtiger Personen, Mitglieder des neuen Kuratoriums zu werden, zu erwirken. Probleme hatte er mit Bürgermeister Koref, der sich beklagte, daß die Vertretung der Sozialisten im Kuratorium gegenüber den Vertretern der ÖVP ungenügend sei. Das Kuratorium würde daher von der ÖVP dazu benützt werden, ihre Interessen durchzusetzen. Fox versuchte, Koref zu erklären, daß Parteipolitik der Ruin Österreichs sei und drückte, in gespielter Naivität, die Hoffnung aus, Koref würde sich zuallererst als Österreicher, zweitens als Oberösterreicher, drittens als Bürgermeister von Linz und viertens als wichtiges Mitglied des Kuratoriums betrachten. Durch sein Beispiel würden auch die ÖVP-Mitglieder des Kuratoriums eine ähnliche Haltung einnehmen. Über soviel scheinbare Ignoranz über Parteipolitik in Österreich lachend, gab Koref seinen Widerstand auf.¹⁴⁸

Neue Schwierigkeiten tauchten auf, als ISB den Stiftungsbrief für das Kuratorium überreichte. Landesrat Meyer vom Linzer Stiftungsamt fand gewisse Absätze im Brief ungesetzlich. Aus diesem Grunde wurde Mr. Hysmith eiligst nach Linz beordert, um die Sache zu bereinigen. Der Stiftungsbrief sah die Etablierung einer steuerfreien „Kultur- und Wohlfahrtsstiftung der Oberösterreichischen Nachrichten“ vor, die von einer Generalversammlung von zwölf Mitgliedern verwaltet wurde. Die Stiftung würde ihre Gelder (ein Drittel der Gewinne der DDV) wie folgt aufteilen: 50 Prozent für oberösterreichische Studenten an ausländischen und österreichischen Universitäten, 25 Prozent für Schulbücher und Büchereien für Mittel- und Hauptschüler in Oberösterreich und 25 Prozent für andere kulturelle und wohltätige Zwecke. Der Vertrag zwischen DDV und Stiftung sah für das neue Kuratorium ein weitgehendes Kontrollrecht vor.¹⁴⁹ Die Besatzungsmacht und die oberösterreichischen Eliten konnten mit dem Re-

¹⁴⁸ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Memo on trip of Fox to Linz, 18. und 21. April 1947.

¹⁴⁹ NA, RG 260/22/196 ISB ExOffice, Informal Routing Slip Legal Division USACA to ISB, Democratic Printing and Publishing Company, 24. April 1947. Dem neuen zwölfköpfigen Kuratorium gehörten an: der Präsident der oberösterreichischen Landwirtschaftskammer Peter Mandorfer; der Präsident der oberösterreichischen Handelskammer Klein; der Präsident des oberösterreichischen Gewerkschaftsbundes Heinrich Kandl; der Präsident der oberösterreichischen Ärztekammer Dr. Böhm; der Präsident der oberösterreichischen Anwaltskammer Dr. Steiniger; der Präsident der Österreichisch-Amerikanischen Gesellschaft Dr. Kauders; der Rektor der Universität Wien Dr. Ludwig Adamovich; der Bischof der Diözese Linz (vertreten durch Dr. Lungstein); der amtsführende Präsident des oberösterreichischen Landesschulrates Jakob Mayr (als Vertreter der Landesregierung); der Generaldirektor der DDV Hans Behrmann; der Präsident des DDV-Sozialfonds Heinike; der Bürgermeister von Linz Dr. Ernst Koref (NA, RG 260/26/369 ISB Operations, Pettegrove an Fox, First meeting of General Assembly, Foundation of the „Oberösterreichische Nachrichten“, 5. Mai 1947).

sultat zufrieden sein. Aber auch Behrmann ging nicht leer aus. Er verblieb als Generaldirektor der DDV und war auch Mitglied der Generalversammlung und des Ausschusses der Stiftung. Keiner seiner verschworenen Feinde befand sich in den Organen der Stiftung. Interessant ist, daß Landeshauptmann Gleißner nicht, wie ausgemacht, den Vorsitz in der Stiftung hatte, sondern Dr. Ludwig Adamovich, Rektor der Universität Wien und Präsident des Obersten Gerichtshofes.¹⁵⁰ Die Mitglieder des Kuratoriums waren gemäßigte Konservative und verlässliche Rechtssozialisten. Ein Kommunist kam nicht mehr in Frage. Andererseits war der Kommunist Franz Haider noch immer ein Partner in der DDV, und bei den „Oberösterreichischen Nachrichten“ war der Kommunist Entinger noch als Redakteur und im Aufsichtsrat der DDV tätig.¹⁵¹

Mit 30. Juni 1947 verständigte das Hauptquartier der amerikanischen Streitkräfte in Wien die Landeshauptleute von Oberösterreich und Salzburg, daß die Gewährung von Permits von seiten der Militärregierung eingestellt werde. Die österreichischen Behörden trügen nunmehr die volle Verantwortung für die Erteilung von Konzessionen. Sobald der Bewerber eine österreichische Konzession erhalten habe, werde das Permit der Militärregierung gegenstandslos.¹⁵² Allerdings waren die vom Alliierten Rat am 1. Oktober 1945 festgelegten Bedingungen, unter denen Verlegertätigkeit in der Besatzungszone erlaubt war, weiterhin zu befolgen: Bekämpfung nationalsozialistischer, pangermanistischer und militaristischer Ideologien, Abstandnahme von Nachrichten, die die militärische Sicherheit der Streitkräfte der Besatzungsmächte gefährden, zur Störung der Einheit unter den Alliierten führen oder die bestehende öffentliche Ordnung gefährden.¹⁵³ Angesichts des sich erhitzenden Kalten Krieges waren schwerwiegende Sanktionen der amerikanischen Besatzungsmacht nicht mehr zu erwarten. Formal wurden Military Government Decree No. 10 und die Information Control Regulation No. 1 erst im Juni 1948 in der Zone aufgehoben.¹⁵⁴ Das Resultat der Auseinandersetzung über Behrmanns Rolle in der DDV zeigt, daß strukturell ein Gleichgewicht zwischen Besatzungsmacht und den oberösterreichischen Parteien existierte. Die oberösterreichischen Eliten der beiden Großparteien waren in ihrem politisch-gesellschaftlichen Machtbewußtsein weitgehend wiederhergestellt und ließen darüber in ihrer Kritik an Behrmann, die ja zum Gutteil Kritik an der Pressepolitik der Amerikaner war, keinen Zweifel. Die Amerikaner sahen hingegen in der von ihnen protegierten überparteilichen Presse ein entscheidendes Korrektiv gegen parteipolitische Herrschaftsgelüste, konnten aber ihren Einfluß nicht mehr wie am Beginn der Besatzungszeit durch Befehle und Anordnungen realisieren, sondern mußten sich auf diplomatische Empfehlungen und Verhandlungen beschränken, wollten sie nicht unangenehme Fragen nach Parallelen mit der Pressepolitik des NS-Regimes heraufbeschwören.

Der wie immer flexible Behrmann machte das Beste aus seiner reduzierten Position. Stolz berichtete er über die dritte Jahresbilanz der auf seinen (sic) Vorschlag gegründeten „Kultur- und Wohlfahrtsstiftung der Oberösterreichischen Nachrichten“. Im Geschäftsjahr 1946/47 wurde

¹⁵⁰ NA, RG 260/26/369 ISB Operations, Pettegrove an Fox, First meeting of General Assembly, Foundation of the „Oberösterreichische Nachrichten“, 5. Mai 1947.

¹⁵¹ NA, RG 260/26/369 ISB Operations, Pettegrove an Van Eerden, Communist editor, 2. Juni 1947.

¹⁵² NA, RG 260/28/431 ISB Operations, John W. N. Schulz, Chef ISB, Vorsitzender of Publications Board an Dr. Heinrich Gleißner, Landeshauptmann Oberösterreich, 30. Juni 1947.

¹⁵³ ASiL, Besatzungsamt, B 58, Schulz an Koref, Permit Nr. 187, 1. Juli 1947.

¹⁵⁴ AdR, Bundeskanzleramt, Verbindungsstelle Alliierten Rat, 3395/VI, Keyes an Figl, 10. Juni 1948.

von der DDV der Stiftung ein Betrag von 519.826,66 Schilling überwiesen, für das Jahr 1947 weitere 295.893,14 Schilling. 22 Stipendien wurden für Studierende der journalistischen und graphischen Berufe gestiftet, 111 für Studierende der landwirtschaftlichen Berufe, 84 Ansuchen für Bücher und 28 Ansuchen für allgemeine kulturelle und wohltätige Zwecke bewilligt, das sind 245 Ansuchen, die mit einem Betrag von 484.843 Schilling dotiert wurden.¹⁵⁵ Ins Auge springt der Einfluß landwirtschaftlicher Interessen. Das Jahr 1948 war allerdings das letzte Jahr einer Ausschüttung an die „Oberösterreichische Kulturstiftung“.¹⁵⁶ Näheres geht aus den eingesehenen amerikanischen Akten nicht hervor. Besser als die gemeinnützige Stiftung scheinen die Arbeitnehmer des Zeitungsverlages dotiert worden zu sein. So wurden an den Sozial- und Wohlfahrtsfonds zwischen 1945 und 1947 insgesamt 1.158.662,80 Schilling und für die Bezahlung der Sozialversicherungsbeiträge zwischen 1946 und 1952 2.759.365 Schilling ausgeschüttet bzw. aufgewendet.¹⁵⁷

Die Jahre 1948 bis 1952 sind nicht transparent genug, um endgültige Schlüsse zu erlauben. Augenscheinlich erwarben Behrmann und Maleta die Anteile der restlichen vier Gesellschafter der DDV, ohne sich viel um die bestehenden rechtlichen Beschränkungen seitens der Stiftung zu kümmern. Im Juni 1950 kam es zu einer Neuregelung des Gesellschaftsvertrages. Laut Maleta gab es laufend Schwierigkeiten mit den Gesellschaftern Haider und Zamazal. Haider interessierte sich für alle Unterlagen der DDV und marschierte mit diesen in seine Parteizentrale; Zamazal war Druckereileiter des sozialistischen Konkurrenzunternehmens und plauderte alle Betriebsgeheimnisse der DDV aus.¹⁵⁸ Haider war sofort bereit, seinen Anteil zu verkaufen; auch der schwer kranke und schwer verschuldete Lettner war zum Verkauf bereit; ebenso, nach einigem Zögern, Zamazal. Der Kaufpreis für die Anteile Lettners, Haiders und Zamazals war je 100.000 Schilling und wurde von Behrmann ausbezahlt. Den Anteil Nicoletts und einige Prozente von Behrmanns bisherigem Anteil übernahm Maleta. Dem Steuerberater Günther Linke wurden auf Wunsch Behrmanns fünf Prozent übertragen. Damit kam Maleta auf 40 Prozent der Anteile, Behrmann auf 55 Prozent. Aus dem neuen Vertrag wurden alle politischen Klauseln herausgenommen. Der Vertrag wurde vor allem den wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt.¹⁵⁹ In einem Polizeibericht hieß es, daß Behrmann es verstand, sich im Laufe der letzten Jahre diktatorische Machtbefugnisse bei der DDV zu sichern. Er wickelte seine Geschäfte so ab, als wäre er Alleingesellschafter, wobei er hinsichtlich der angewandten Mittel nicht wählerisch war und sich über die gesetzlichen oder rechtsgeschäftlichen Bestimmungen hinwegsetzte.¹⁶⁰ Um Hans Behrmanns Ende bei der DDV und den „Oberösterreichischen Nachrichten“ zu verstehen, ist es nötig, kurz über seine anderen Aktivitäten zu referieren.

¹⁵⁵ NA, RG 260/26/369 ISB Operations, Behrmann an Van Eerden, 22. Juli 1948, auch Bericht des von der Generalversammlung am 5. Mai 1947 bestellten Schatzmeisters an die Generalversammlung vom 21. Juli 1948.

¹⁵⁶ OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Abschrift „Oberösterreichische Nachrichten“, Gewinnanteile und Ausschüttungen an die Oberösterreichische Kulturstiftung 1947 und 1948, 12. Juni 1953.

¹⁵⁷ Ebenda.

¹⁵⁸ OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Niederschrift Dr. Alfred Maleta vom 5. Februar 1952 bei der Bundespolizeidirektion Linz.

¹⁵⁹ OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Niederschrift Hans Behrmann über Gründung der DDV, 21. Februar 1952.

¹⁶⁰ OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Bundespolizeidirektion Linz an Staatsanwaltschaft Linz, 3. März 1952.

Der Abgang eines „Pressezaren“

Neben seinen eigenen Fähigkeiten verdankte Hans Behrmann seinen einmaligen Aufstieg den Verbindungen mit der amerikanischen Besatzungsmacht, führenden österreichischen Politikern und internationalen Geschäftsleuten. Wie er selbst einmal ironisch bemerkte, hatte er 1945 nur einen einzigen Anzug am Leibe. Innerhalb von zwei Jahren war er unter anderem Generaldirektor der DDV in Linz, Herausgeber der „Oberösterreichischen Nachrichten“, Beteiligter am Zeitschriften- und Buchverlag „Der Brückenverlag“ in Linz, Vorstandsmitglied der Austria-Presseagentur in Wien, Vizepräsident des „Verbandes der österreichischen Zeitungsherausgeber“, österreichischer Delegierter im Weltpresseverband, Vorstandsmitglied im KZ-Verband, Mitglied des Kuratoriums der „Salzburger Nachrichten“, siebzigprozentiger Hauptgesellschafter und Geschäftsführer der „Unabhängigen Zeitungs- und Zeitschriften Vertriebsgesellschaft m. b. H.“ (UZV) und Korrespondent der United Press.

Auf Ratschlag des Presseoffiziers Arnold Barach hatte sich Behrmann um ein Permit für einen Verlag zum Druck von Büchern, Fachzeitschriften und Zeitschriften beworben, der unter dem Firmennamen „Brückenverlag Ges. m. b. H.“ in Linz seine Tätigkeit aufnahm. Sehr gewinnbringend beteiligte sich der Verlag an der durch die Geldentwertung und dem Hunger der Bevölkerung nach Büchern verursachten Konjunktur.¹⁶¹ Inhaber des am 20. November 1945 errichteten Verlages waren Hans und Elisabeth Behrmann, geb. Carthmann, ab Dezember 1946 infolge von Kapitalerhöhung auch ihr Vater, Franz Carthmann. Vom ISB wurde dem „Brückenverlag“ der Vertrieb der in Österreich zur Verbreitung gelangenden amerikanischen Schriften wie „Heute“, „Neue Auslese“ und „Amerikanische Rundschau“ übertragen. Der Vertrieb erfolgte nicht immer zur Zufriedenheit der Besatzungsmacht.¹⁶² Der anfangs florierende

¹⁶¹ Hanns Kreczi, Buchverlage und Buchgemeinschaften. In: Linzer Kulturhandbuch 2. Linz 1965, 193 ff., hier 204–205. Kreczi beurteilte die Rolle des ISB auf dem Verlagswesen äußerst kritisch: *Die Information Services Branch (ISB) gab Verlagsgenehmigungen (Permits) aus und entschied über die Papierzuteilung. Diese zuständige Stelle der amerikanischen Besatzungsmacht war in den ersten Monaten voll Mißtrauen und Überheblichkeit und von einer fatalen Unkenntnis ihres Aufgabengebietes. Sie fragte weniger nach fachlicher Befähigung als vielmehr und meist ausschließlich nach der „Gesinnung“, die mittels Fragebogen und der Einholung persönlicher Auskünfte meist von Personen, die sich der Besetzung von Anfang an dienstbeflissen zur Verfügung gestellt hatten, eifrig erforscht wurde. So kam die Buchproduktion wenigstens zum Teil zunächst nicht an verantwortungsbewußte Verleger und seriöse Firmen, sondern in die Hände von Geschäftsmachern. Man kann durchaus annehmen, daß Kreczis Urteil der Perzeption der „eingesessenen“ Eliten Oberösterreichs entsprach. Eine Kritik der ISB Verlagspolitik, besonders an Van Eerden, in NA, RG 260/3/23 ISB Communications, Pettegrove an Ladue, Upper Austrian Publishers, 8. Februar 1947. Zum „Brückenverlag“ berichtete Pettegrove das Folgende: *The Brückenverlag received an ISB Permit No. 180 on 8 March 1946, signed by Gen. McChrystal. In August 1946 an Austrian concession was granted to Behrmann on the basis of a declaration under oath of Behrmann's qualifications. This concession was hurried through by recommendations of the highest officials, including the Landeshauptmann in Upper Austria. In the records of paper distribution for book publishers the Brückenverlag and the Ibis Verlag (ein anderer von den Amerikanern protegierten Verlag unter der Leitung ihres Vertrauensmannes Dr. Gruen) received from Steyermühl paper factory considerably larger quotas than any other book publishers in Upper Austria. On the basis of his considerable stores of flatpress paper, Dr. Behrmann is at present, when paper has become almost totally unavailable, in a position to publish a greater number of books and periodicals than any other press in Upper Austria.**

¹⁶² NA, RG 260/26/236 ISB Administration, Wilson an Behrmann, 10. Jänner 1947, 17. Jänner 1947 und 4. Februar 1947.

Verlag wurde hart von der Absatzkrise nach dem Jahre 1947 getroffen. Als Behrmann 1952 nach Wien ging, kam die Buchproduktion im „Brückenverlag“ zum Erliegen. Der Verlag wurde 1957 nach Wien verlegt und 1958 liquidiert.

Interessant ist, daß Behrmann mit der im „Brückenverlag“ produzierten Schriftenreihe „Recht und Gesetz für jedermann“ in Schwierigkeiten mit der amerikanischen Besatzungsmacht geriet. Mitte Juni 1946 druckte der Verlag eine Broschüre mit dem Titel „Du warst ein Nazi?! Die politische Verleumdung und ihre Folgen. Wie schützt Du Dich dagegen?“ Die Broschüre erregte großes Aufsehen in der Wiener Presse. Das „Neue Österreich“ nahm am 17. Dezember 1946 sogar in einem Leitartikel Stellung: Ein geschickter Publizist in Linz hätte eine ausgezeichnete Idee gehabt. Auf der Suche nach einem Verlagsobjekt mit der größtmöglichen Nachfrage sei er auf die 500.000 registrierten Nationalsozialisten in Österreich gestoßen. Die abschlägige Publizität veranlaßte ISB, den weiteren Druck des reißenden Absatz findenden Pamphlets zu verbieten. Behrmann, der sich zu jener Zeit im Streit über die Reform der DDV befand, kam dem Verbot eiligst nach. Der Verkauf der Broschüre wurde gestoppt, sämtliche Exemplare zurückgezogen und bei der Nettingsdorfer Papierfabrik eingestampft.¹⁶³

Zu einer großen Krise zwischen Behrmann und der amerikanischen Besatzungsmacht kam es im Zusammenhang mit dem Vertrieb des „Wiener Kuriers“ durch die von Behrmann und Canaval im September 1946 lancierte Firma „Unabhängige Zeitungs- und Zeitschriften-Vertriebsgesellschaft m. b. H.“ mit Sitz in Wien (kurz UZV). Die UZV befaßte sich mit dem Vertrieb und Verschleiß politisch unabhängiger Zeitungen und Zeitschriften in Österreich und im Ausland. Seit November 1946 besaß sie den Alleinvertrieb des „Wiener Kuriers“.¹⁶⁴ Der Vertrag zwischen der UZV und der amerikanischen Besatzungsmacht wurde vom News Operations Officer Theodore Kaghan abgeschlossen. Damit wollte sich die amerikanische Besatzungsmacht die Verfügung über ein effizientes Vertriebsnetz zur Verbreitung von Publikationen, an denen sie Interesse hatte, sichern. Die großen Erwartungen, die die Besatzungsmacht in das von Behrmann und Canaval mit den „Oberösterreichischen Nachrichten“ und den „Salzburger Nachrichten“ bewiesene „Know How“ im Vertriebswesen setzten, wurden enttäuscht.¹⁶⁵ Bereits vor der Währungsreform im Dezember 1947 bat Behrmann mehrmals um Stundung der dem „Wiener Kurier“ geschuldeten Beträge. Aber kurz vor der Währungsreform tauchte Behrmann plötzlich mit mehreren Koffern vollgestopft mit Banknoten in Wien auf und bezahlte seine Schulden, die sich auf 2.826.000 Schilling beliefen. Die recht unangenehm berührten ISB-Beamten mußten die durch Behrmanns Manipulation verursachten Verluste in Kauf nehmen.¹⁶⁶ Noch unangenehmer waren sie berührt, als mehrere Monate später entdeckt wurde, daß amerikanische und österreichische Angestellte des „Wiener Kuriers“ involviert waren. Behrmann hatte sie nämlich eingeladen, ihm Altschil-

¹⁶³ NA, RG 260/27/407 ISB Operations, Ladue an Behrmann, 17. Februar 1947; Behrmann an Ladue, 20. Februar 1947.

¹⁶⁴ NA, RG 260/5/59 ISB Controller, Auskunft über Dr. Hans Behrmann, Zeitungsverleger, 12. Dezember 1948.

¹⁶⁵ Eine ausführliche Darstellung der komplizierten Entwicklung im Vertrieb des „Wiener Kuriers“ findet sich in einem neunseitigen Elaborat, verfaßt von zwei Buchhaltern der Zeitung (NA, RG 260/5/59 ISB Controller, Erich Schauhuber und Rudolf Penz an Theodore Kaghan, 3. Juni 1948).

¹⁶⁶ Ebenda.

linge für die Begleichung seiner Schulden zur Verfügung zu stellen, die er ihnen in Neuschillingen zurückbezahlte.¹⁶⁷

Trotz der schlechten Erfahrungen, die ISB mit Behrmann gemacht hatte, erklärte sich Kaghan, der Chef des „Wiener Kuriers“, noch im Februar 1948 bereit, einen neuen Vertrag mit der UZV abzuschließen und sogar einen Kredit von ungefähr 500.000 Schilling zu gewähren. Der Vertrag, den Kaghan entworfen hatte, war stümperhaft formuliert. Behrmann zögerte nicht, die Lächer im Vertrag kräftig auszunützen.¹⁶⁸ Mit den Zahlungen blieb Behrmann weiterhin in Verzug. Bis Juni 1948 war die UZV mit 2.500.000 Schilling im Rückstand. ISB fühlte sich gezwungen, den Vertrag mit Behrmann zu kündigen, den Vertrieb ihrer Zeitungen selbst zu übernehmen und die „Sache Behrmann“ an die Rechtsabteilung der USACA weiterzuleiten. Die Sache kam ins Rollen, als in Antwort auf die Zahlungsforderungen von ISB, Behrmann am 17. Juli 1948 durch seinen Rechtsanwalt eine Gegenforderung von 700.000 Schilling für angebliche Überzahlungen seitens UZV an den „Wiener Kurier“ unterbreitete und gleichzeitig Kopien seiner Forderung an Rechtsanwälte in Washington, General Geoffrey Keyes, dem Hochkommissar, General Jesmond D. Balmer, dem stellvertretenden Hochkommissar, Colonel Sidney Eberle, Chef des ISB, und der Creditanstalt-Bankverein sandte. Zusätzliche Empfänger des Briefes waren die „New York Herald Tribune“ und „Newsweek“.¹⁶⁹

Daraufhin entschloß sich die amerikanische Rechtsabteilung, die österreichischen Behörden einzuschalten. Am 24. Juli 1947 erhob Samuel Slotky in Gegenwart von Dr. Albert Loewy, dem Chef der Austrian Affairs Branch der Rechtsabteilung, die Anzeige gegen Hans Behrmann wegen Verdachtes der betrügerischen bzw. fahrlässigen Krida, Gläubigerbegünstigung und Veruntreuung. Die Schulden der UZV am „Wiener Kurier“ beliefen sich auf rund 2.800.000 Schilling. Die Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, Bundesministerium für Inneres, leitete die Anzeige an die Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Wien weiter.¹⁷⁰ ISB war in der Tat in eine mißliche Lage geraten. Die UZV war bankrott. Mit 31. März 1948 standen Aktiva von rund 3.840.000 Schilling rund 4.800.000 Schilling Verbindlichkeiten gegenüber, was bedeutete, daß die UZV bereits vor Abschluß des Vertrages mit Kaghan insolvent war.¹⁷¹ Behrmann, der immer mehrere Eisen im Feuer hatte, zweigte einen Teil des Vertriebsgeschäftes an eine Neugründung ab. Im September 1948 gründete er die Firma „Demokratische Zeitungsgesellschaft m. b. H.“ mit Sitz in Wien mit einem Stammkapital von 20.000 Schilling. Gesellschafter waren Behrmann mit 2.000, die DDV Linz mit 9.600, UZV Wien mit

¹⁶⁷ NA, RG 260/5/61 ISB Controller, Slotky an Col. Eberle, Chief of Branch ISB, Hans Behrmann Conversion Funds, 3. September 1948.

¹⁶⁸ NA, RG 260/5/59 ISB Controller, Schauhuber-Penz an Kaghan, 3. Juni 1948; Kaghan an Behrmann, Agreement, 20. Februar 1948.

¹⁶⁹ NA, RG 260/5/61 ISB Controller, Slotky an Eberle, Hans Behrmann Conversion Funds, 3. September 1948.

¹⁷⁰ NA, RG 260/4/35 Internal & DP Affairs, Rossmanith, Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, Bundesministerium für Inneres an Col. Arnold, Alliierte Kommission für Österreich, Amerikanisches Element (USACA), Interne Abteilung, 4. September 1948. Die Rechtsdivision der USACA benützte die Affäre, um künftighin lose und zweifelhafte Formulierungen des ISB mit Verlegern zu unterbinden. Verträge mußten nunmehr einer ganz genauen Überprüfung durch die Rechtsdivision unterworfen werden. NA, RG 260/15/013.35 L, O'Connor an ISB, Contracts with Austrian Publishers, 16. November 1948.

¹⁷¹ NA, RG 260/5/59 ISB Controller, Schneider an Steers, Examination of UZV audit report submitted by Mr. Behrmann, 10. Dezember 1948.

4.400, Nationalrat Maleta mit 2.000 und Franz Lettner mit 2.000 Schilling. Die Firma besorgte den Vertrieb einiger Wochenzeitungen („Wiener Nachrichten-Woche“, „Grazer Nachrichten-Woche“, „Nachrichten am Sonntag“).¹⁷²

Der Fall Behrmann wurde immer undurchsichtiger. Der amerikanischen Besatzungsmacht war es sichtlich peinlich, die Sache vor einem österreichischen Gericht und damit vor der Öffentlichkeit breitzutreten. Und so ließ man die Angelegenheit weiterschwelen in der Hoffnung, daß ein außergerichtlicher Vergleich mit Behrmann erzielt werden könne. Im Februar 1949 wandte sich der „Verband der unabhängigen Presse“, in der Canaval, Fritz Molden und Behrmann tonangebend waren, an Nationalrat Maleta mit der Bitte um Intervention. Da kein Fortschritt im „Fall Behrmann“ erzielt worden sei, glaube der Verband, daß eine Debatte der Angelegenheit im Nationalrat unvermeidlich werde. Maleta beeilte sich den Brief an Dr. Loewy in der amerikanischen Rechtsabteilung weiterzuleiten. Loewys Antwort an Maleta demonstrierte den Widerwillen der Besatzungsmacht, den Fall in der Öffentlichkeit diskutieren zu lassen. Maleta wurde mitgeteilt, daß eine Debatte im Nationalrat den Interessen Behrmanns nicht förderlich wäre, da innerhalb von sechs Wochen eine für beide Parteien zufriedenstellende Regelung des Streites zu erwarten sei.¹⁷³ Welche Form der Ausgleich zwischen ISB und Behrmann angenommen hat, ist aus den amerikanischen Akten nicht ersichtlich. In einem Dokument, das sich mit uneinbringlichen Forderungen der Militärregierung befaßt, wurde auf den Ausgleich mit Behrmann angespielt und festgestellt, daß es der stellvertretende Hochkommissar General Balmer selbst war, der den Befehl gab, die Sache gütlich zu regeln: *In a previous case involving a claim of ISB against an agency which formerly distributed its publications (UZV operated by Mr. Behrmann), the Deputy Commissioner concluded that it would be highly undesirable to institute an action in the local courts... The case was complicated by factors peculiar to Mr. Behrmann that do not exist in the claims against the present debtors.*¹⁷⁴ Jedenfalls war Behrmann noch einmal glimpflich davongekommen. Selbstverständlich hatte er seinen Kredit mit der amerikanischen Besatzungsmacht verspielt.

Die nächste große Krise im Leben Behrmanns kam im Jänner 1952. Allerdings war sie eine rein österreichische Angelegenheit. Am 17. Jänner 1952 wurde Behrmann in Linz wegen Verdachtes von Zoll-, Steuer- und Devisenvergehen vorläufig festgenommen und wegen Verdunkelungsgefahr zur Verfügung der Finanzstrafbehörde ins Polizeigefängnis eingeliefert.¹⁷⁵

¹⁷² NA, RG 260/5/59 ISB Controller, Auskunft über Dr. Hans Behrmann, Zeitungsverleger, 12. Dezember 1948.

¹⁷³ NA, RG 260/15/013.35-1 L, O'Connor, Legal Division an D/USACA, Behrmann Case, 11. März 1949.

¹⁷⁴ NA, RG 260/15/013.35-1 L, Legal Division an ISB thru D/USACA, Uncollectible Accounts, 8. Juli 1949. Maletas Rolle bei den Gesprächen zwischen Vertretern der ÖVP und ehemaligen Nationalsozialisten in Oberweis bei Gmunden am 28. Mai 1949 gab einer amerikanischen Behörde in Wien einen allerdings folgenlosen Anlaß, seine demokratische Verlässlichkeit anzuzweifeln: *ISB was supposed to put its newspaper „News from Upper Austria“ into the hands of people who guarantee that the paper will be run in accordance with democratic principles. In view of the latest development (Oberweis) it will be advisable to re-examine Alfred Maleta's connection with the American sponsored newspaper in Linz and eliminate him as co-owner... if the facts warrant such a step* (NA, RG 260/5/59 ISB Controller, Schneider an CIC, Vienna, Audit of ISB, 13. Juni 1949).

¹⁷⁵ OÖLA, LG Linz, Vr Akten 1952, Zl. 101, Bd. IV, Nr. 756, Franz Ruppertsberger, Polizeidirektion, an Bundesministerium für Inneres, Direktion für öffentliche Sicherheit, Behrmann Hans, Verdacht des Devisenvergehens, 18. Jänner 1952.

So tief war der Ruf Behrmanns bereits gesunken, daß die Wirtschaftspolizei auch dunkle Machenschaften in der DDV vermutete und sämtliche Konten der DDV sperrte.¹⁷⁶ Die kommunistische Presse ließ sich die Gelegenheit, die amerikanische Besatzungsmacht anzugreifen, nicht entgehen. Behrmann war der Herausgeber der „Oberösterreichischen Nachrichten“, berichtete die „Neue Zeit“, die so wie die „Salzburger Nachrichten“ mit amerikanischem Geld gegründet worden sind, um sich unter der Tarnung „unabhängiger“ Organe eine starke Position im österreichischen Pressewesen zu schaffen. Der Aufstieg dieses Mannes aus dem Nichts zu einer aufgetakelten „Persönlichkeit“ im österreichischen Pressewesen sei bezeichnend für den ganzen Pressesumpf, der durch die Einschleppung amerikanischer Methoden entstanden sei.¹⁷⁷

In seiner Not wandte sich Behrmann an Freund Maleta, der in dieser mißlichen Lage zum Retter der „Oberösterreichischen Nachrichten“ wurde. Mit Hilfe seines guten Freundes CA-Generaldirektor Josef Joham trieb er die Kredite auf, den Zahlungsverpflichtungen des Zeitungsverlages nachzukommen. Behrmann wurde am 3. Juni 1952 gegen Erlag einer Kautions von 100.000 Schilling auf freien Fuß gesetzt. Bereits im Gefängnis hatte Behrmann Verbindung mit Fritz Molden aufgenommen, den er aus dem „Verband der unabhängigen Presse“ kannte. Er verkaufte ihm und seinem Schweizer Kompagnon die Behrmann- und Linke-Anteile an der DDV für etwa zwei Millionen Schilling.¹⁷⁸ Maleta hatte nicht genug geboten. Als Behrmann nach seiner Enthftung sein Büro in der DDV betreten wollte, wurde er von der Belegschaft, für die er sehr viel getan hatte, daran gehindert.¹⁷⁹ Behrmann, der in Linz keine Freunde hatte, zog sich mit seiner Familie nach Wien zurück, wo er sich weiter an kurzlebigen Verlagsunternehmen wie dem „Bildtelegraf“ beteiligte.¹⁸⁰ Von einem Pressereich konnte nicht mehr die Rede sein. Behrmann starb im Jahre 1958. Die parteiunabhängige Presse überlebte.

Schlußbetrachtung

Was läßt sich über die amerikanische Pressepolitik am Beispiel der „Oberösterreichischen Nachrichten“ zusammenfassend sagen? Eine amerikanische Priorität im Pressewesen war die Herstellung politisch-institutioneller Voraussetzungen für eine parteiunabhängige Presse. Dabei stießen sie mit dem Machtinteresse der politischen Parteien zusammen, die auf die Etablierung einer Parteipresse drängten. Durch die Politik der sowjetischen Besatzungsmacht, die den politischen Parteien und den Parteizeitungen in ihrer Zone Spielraum gewährte, in Zugzwang geraten,¹⁸¹ konnte die amerikanische Besatzungsmacht nicht wie in ihrer Zone in Deutschland das Verbot der Parteipresse solange aufrechterhalten, bis die parteiunabhängige Presse zu ihrer Zufriedenheit gefestigt war. Parteiunabhängige Blätter und Parteizeitungen

¹⁷⁶ „Die Oberösterreichische Nachrichten Story“. In: Profil, 20. Jänner 1976.

¹⁷⁷ Neue Zeit vom 21. Jänner 1952.

¹⁷⁸ „Oberösterreichische Nachrichten Story“. In: Profil, 20. Jänner 1976.

¹⁷⁹ Slapnicka, Zweigeteiltes Land (wie Anm. 22), 214–215.

¹⁸⁰ Im Juni 1953 wurde Behrmann in Linz zu zwei Monaten strengem Arrest, einer Geldstrafe von 100.000 Schilling, einer Wertersatzstrafe von 201.635 Schilling und Bezahlung der Kosten des Strafverfahrens verurteilt (Neue Zeit vom 17. Juni 1953).

¹⁸¹ Manfred Bobrowsky, Österreich ohne Presse? Perspektiven der Wiener Tageszeitungen 1945. In: Mediengeschichtliche Forschung und Praxis. Festgabe für Marianne Lunzer-Lindhausen zum 65. Geburtstag. Hrsg. von Wolfgang Duchkowitsch. Wien 1985, 113–126.

mußten in Österreich zur selben Zeit lizenziert werden. Die Befürchtung, daß die politischen Parteien, ließe man sie ungehindert schalten und walten, mit der parteiunabhängigen Presse Schluß machen würden, war nicht aus der Luft gegriffen. Die Medienexperten von ÖVP und SPÖ waren sich einig, daß in einer Parteiendemokratie den Parteien allein das Recht zustünde, politische Erziehungsarbeit zu leisten und daher eine parteiungebundene Presse keine öffentliche Aufgabe besäße. Nach amerikanischer Meinung mußten daher die parteiunabhängigen Zeitungen so autark wie möglich gemacht werden. Daraus erklärt sich die amerikanische Bevorzugung der parteiunabhängigen Presse bei der Papierzuteilung und bei der Limitierung der Auflagenzahl zu ihren Gunsten. Es erklärt auch die amerikanische Unterstützung dieser Presse, um die Verfügungsgewalt über Druckereikapazitäten zu erlangen.¹⁸² Noch im Jahre 1948 vertrat der News Operations Officer Theodore Kaghan die Meinung, daß es vielleicht ein Fehler war, die Parteitagespresse zu erlauben, solange die parteiunabhängige Presse nicht auf festen Füßen stand.¹⁸³ Verfügungsgewalt über eine Druckerei bedeutete jedoch nicht Enteignung. Die amerikanische Beschlagnahme ließ das Eigentumsrecht unberührt. Die Pachtverträge zwischen Lizentiaten und Druckereieigentümern waren das Instrument, die Existenz der parteiungebundenen Zeitungen sowohl gegen die politischen Parteien als auch gegen die Druckereieigentümer auf eine begrenzte Zeit abzusichern. Daß die Eigentümer und die Parteien das Lizenzgremium als einen Kuckuck betrachteten, der sich in einem fremden Nest breitmachte, sollte nicht überraschen.

Im historischen Rückblick scheinen diese Befürchtungen übertrieben gewesen zu sein. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ und die „Salzburger Nachrichten“, beides Gründungen der Amerikaner, haben sich als parteiunabhängige Zeitungen erhalten. Es war die Parteipresse, die seit der zweiten Hälfte der 1950er Jahre einem unaufhaltsamen Verfallsprozeß unterworfen war. Es war den Amerikanern von vornherein klar gewesen, daß letztendlich das Schicksal einer parteiunabhängigen Zeitung nicht durch amerikanische Protektion, sondern durch die Leserschaft entschieden werden würde. Augenscheinlich bevorzugte der Leser eine Presse, in der der Unterschied zwischen Nachrichten und Kommentar mit größerer Deutlichkeit hervortrat als in einer parteigefärbten Berichterstattung. Er zog es vor, in seiner Zeitung die „Tatsachen“ zu finden, über deren Verlässlichkeit und Bedeutung er sich selbst ein Urteil bilden wollte, anstatt sich mit dem von der Parteipresse offerierten breiigen ideologischen Futter zu begnügen. Es half auch, daß die SPÖ in Linz mit 1. Oktober 1948 wieder ihre eigene Druckerei hatte und damit die Versuchung, sich eine Druckerei auf Kosten der Firma Wimmer KG zu sichern, verschwand.

Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ setzten sich durch, weil sie für Oberösterreich in der Nachkriegszeit die richtige Zeitung waren. Die Bevorzugung durch die Amerikaner verschaffte

¹⁸² Zum Problembündel „Parteipresse vs. parteiunabhängige Presse“ etwa NA, RG 260/4/31 ISB News-operations, Kaghan an Ladue, 14. Juni 1946; Leitartikel von Oscar Pollak „Wir und die alliierten Zeitungen“. In: Linzer Tagblatt vom 9. Juli 1946.

¹⁸³ NA, RG 260/4/51 ISB Press, Kaghan an Fetterman, News Operations re: Austrian Government, 11. Oktober 1948: *The personal opinion of the News Operations Officer, shared by other newsmen, is that a mistake possibly was made in the licensing of a daily political party press before firmly establishing the non-party press. It is thought that the political party press could have been on a weekly basis at first in order to give the non-party press a better chance to dig in. The so-called independent non-party press in the U.S. Zone has a much wider circulation and more appeal than the party press, but the party press by political pressure has created many difficulties for the non-party press, which the latter could better fend off if it had had a head start.*

der Zeitung einen so großen Marktvorteil, daß er von Konkurrenten nicht mehr aufgeholt werden konnte. Als Beweis ist der nach 15 Monaten gescheiterte Versuch, die „Tages-Post“ als Alternative für eine konservative Leserschaft wiederzubeleben, anzuführen. Die „Tages-Post“ begann mit 1. Oktober 1953 ihr Wiedererscheinen und wurde am 1. Jänner 1955 mit den „Oberösterreichischen Nachrichten“ fusioniert, stellte also ihr Erscheinen ein. Der Leser hatte sich an die „Oberösterreichischen Nachrichten“ gewöhnt. Der ursprüngliche Platz der „Tages-Post“ war schon vor ihrer Rückkehr auf den Markt weitgehend von den „Oberösterreichischen Nachrichten“ eingenommen worden. Zwar wurde der Pachtvertrag mit der Wimmer-Druckerei gelöst, und die „Oberösterreichischen Nachrichten“ waren gezwungen, in die Druckerei des Landesverlages zu übersiedeln. Maleta war inzwischen Alleineigentümer und Alleinherausgeber der Zeitung geworden. Es war die „Tages-Post“, und nicht die „Oberösterreichischen Nachrichten“, die im Wettbewerb um die Gunst der Leser unterlag. Das schlechte Abschneiden der „Tages-Post“ zwang die Firma J. Wimmer KG, eine Fusion mit den „Oberösterreichischen Nachrichten“ anzustreben. Maleta war bereit und kehrte mit seiner Zeitung in die Wimmer-Druckerei zurück. Die „Oberösterreichischen Nachrichten“ erschienen von 1955 an mit dem Untertitel „Vereinigt mit der Tages-Post, gegründet 1865“. Ohne Zweifel war es die durch die Besatzungsmacht und ihr Instrument Behrmann erwirkte zeitweise Verfügungsgewalt über eine Druckerei, die den „Oberösterreichischen Nachrichten“ einen so großen Marktvorsprung gab, daß sich die Zeitung nicht nur gegen die parteigebundene Presse, sondern auch gegen einen parteiunabhängigen Konkurrenten durchsetzen konnte. Wer in der Fusion die Oberhand behielt, Lizenzträger oder Altverleger, war 1955 ziemlich klar und wurde im Herbst 1975 endgültig entschieden, als der aus der Politik ausscheidende Maleta als Alleinherausgeber der „Oberösterreichischen Nachrichten“ bestätigt wurde.¹⁸⁴

Die Amerikaner waren hauptsächlich an der Herausbildung eines zivilen, nichtstaatlichen, parteiungebundenen, privatwirtschaftlichen Sektors der Zeitungslandschaft interessiert. Von verschiedener Seite wurde beklagt, daß die amerikanische Besatzungsmacht sich nicht genügend lange engagiert hätte, die Idee einer gemeinnützigen Stiftung als Organisationsmodell für eine Zeitung durchzusetzen.¹⁸⁵ Impliziert in einer solchen Argumentation war die Annahme, daß sich mit dem Stiftungsmodell die späteren Probleme einer kapitalistischen Pressekonzentration hätten vermeiden lassen. Dazu ist folgendes zu bemerken: Die von den Amerikanern gegründeten Zeitungen wurden grundsätzlich in den Privatbesitz der Lizenzträger übergeben. Die von den Amerikanern gewünschte Haltung eines zwar politischen, aber parteiunabhängigen Engagements der Zeitungen entsprach den amerikanischen Pressetraditionen genauso, wie ihr Mißtrauen gegenüber in gesellschaftliche Bereiche eindringende politische Parteien Teil der amerikanischen politischen Kultur war. Von den Amerikanern eine langfristige Förderung von Zeitungsunternehmen zu erwarten, die nicht hauptsächlich privatwirtschaftlicher Gewinnmaximierung dienten, hieß, den hauptsächlich konservativen Charakter der amerikanischen Gesellschaft zu übersehen. Es grenzte ja bereits ans Wunderbare, daß die Amerikaner auf einige Zeit mit der Sozialisierung eines Teiles der Profite einverstanden waren. Die Initiative für die Gewinnsozialisierung ging weniger von den amerikanischen Presseoffizieren aus als von den

¹⁸⁴ „Die Oberösterreichische Nachrichten Story“. In: Profil, 20. Jänner 1976. Offensichtlich kann die Geschichte der Fusion und des folgenden Tauziehens zwischen Lizenzträger und Altverleger ohne Einsicht in österreichische Privatarchive nicht geschrieben werden.

¹⁸⁵ Dazu die zitierten Werke von Oliver Rathkolb, Fritz Hausjell und Reinhold Wagnleitner.

Lizenzträgern selbst, die in der Euphorie der ersten Stunde glaubten, daß die Zeit für grundlegende Umwälzungen reif war. Den nationalen Interessen der USA wäre jedoch nach ihrem Selbstverständnis mit einer radikalen Veränderung der Besitz- und Gewinnstrukturen nicht gedient gewesen. Die Besatzungsoffiziere arbeiteten ja nicht in einem ideologischen Vakuum, sondern hatten eine amerikanische Öffentlichkeit zu beachten, die einer radikalen Veränderung mit großem Skeptizismus gegenübergestanden wäre.

Die andere Öffentlichkeit, die die Amerikaner zu berücksichtigen hatten, war die österreichische. Die strenge Haltung des Oberst Ladue gegenüber Behrmanns Machenschaften demonstrierte, welchen Einfluß die oberösterreichische Öffentlichkeit auf die ISB-Beamten hatte. Die Reform der DDV und des Kuratoriums und die Bestätigung der Stiftungsverfassung im Frühjahr 1947 waren Instrumente, die durch die politischen Parteien vertretene verstörte Öffentlichkeit zu befrieden und gleichzeitig die Existenz der parteiungebundenen Zeitung abzusichern. Von dieser wurde natürlich erwartet, das wirtschaftliche und sicherheitspolitische Engagement der USA in Österreich mit einer antikommunistischen Blattlinie zu honorieren. Daß die Stiftungs-idee für die Amerikaner nur instrumentalen und nicht grundsätzlichen Charakter hatte, kann aus dem Stillhalten der amerikanischen Behörden gegenüber den schleichenden Verstößen der Lizenzträger gegen diese Idee nach 1947 abgelesen werden. Prioritäten für die Amerikaner waren eindeutig die Beruhigung der maßgeblichen politischen Kräfte in Oberösterreich und die Bewahrung von Zeitungen, die nicht unter der direkten Kontrolle der politischen Parteien standen. Die Sozialisierung der Gewinne schien auf ihrer Prioritätenskala nicht auf. Es sollte daher nicht überraschen, daß mit der Konzentration aller Energien auf den Kalten Krieg die Innovation der Gewinnsozialisierung im Pressewesen von den der österreichischen Innenpolitik innewohnenden restaurativen Tendenzen überwältigt wurde.

Hinter den in mühsamer chronologischer Rekonstruktion geschilderten persönlichen Schicksalen und Zusammenstößen steht ein Prozeß des graduellen Abbaues amerikanischer und der Bildung österreichischer Macht- und Konsensstrukturen. Allgemein kann zur amerikanischen Besatzung gesagt werden, daß sie sich nach einer kurzen Periode totaler Kontrolle, die einer Militärdiktatur glich, vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und des zunehmenden Selbstbewußtseins der Österreicher zu einem „bargaining system“ entwickelte, in dem die österreichischen Eliten das starke strategische Engagement der Amerikaner zur Förderung ihrer eigenen Interessen ausnützten.¹⁸⁶ Die Amerikaner benötigten zum Erfolg ihrer Strategie der Eindämmung des Kommunismus politische Stabilität in Österreich. Die sich entwickelnde partnerschaftliche Parteiendemokratie, die von den Amerikanern als stabilitätsfördernd unterstützt, ja gefordert wurde, führte in der Tat zu einer politischen „Windstille“, in der trotz der verbleibenden ideologischen Gegensätze durch das Zusammenwirken der beiden Großparteien und der ihnen nahestehenden Verbände mehr oder weniger Einigung über die gesellschaftliche Entwicklung, ökonomische Fragen und Aufteilung der Ressourcen erzielt wurde. Die von den Amerikanern für ihre Eindämmungspolitik benötigte innenpolitische Stabilität ermöglichte gleichzeitig die Formierung einer Einheitsfront der maßgebenden politischen Kräfte Österreichs gegen sie. Dies war ersichtlich unter anderem auf dem Gebiete der Wirtschaft (Verstaatlichungen, Kammerstaat), der Entnazifizierung (Integration der ehemaligen Nationalsozialisten), des Schulwesens (keine Reform nach amerikanischem Muster), der politischen Organi-

¹⁸⁶ Tweraser, US Militärregierung Oberösterreich (wie Anm. 4).

sation (keine neue Verfassung, Elitenkartell statt Wettbewerbsdemokratie) und der Elitenrekrutierung (Ablehnung einer Diskriminierung von „Austrofaschisten“).

Im Vergleich mit obigen Teilgebieten des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Österreich waren die Reformbestrebungen der Amerikaner auf dem Zeitungssektor relativ erfolgreich. Das Dilemma der Amerikaner war, daß sie einerseits im Namen des Kalten Krieges den Zusammenhalt und die Stärke der beiden Großparteien begrüßen mußten, andererseits die Tendenz derselben Parteien, sich jedes organisierbare Interesse einzuverleiben, eine Gefahr für das Weiterbestehen einer parteiunabhängigen Presse bedeutete. Auf dem Zeitungssektor kann die amerikanische Haltung kurz so charakterisiert werden: Einem Ja zum „Kalten-Krieg-Journalismus“ stand ein Nein zum Parteien- und Proporzjournalismus gegenüber. Da die Amerikaner die besondere Rolle der politischen Parteien und damit des Staates auf dem Zeitungssektor nicht billigten, versuchten sie durch ihre Förderungsmaßnahmen die Stellung einer parteiunabhängigen Presse abzusichern. Dies gelang ihnen auch auf Grund einer unerwarteten Interessenkonkordanz zwischen der amerikanischen Besatzungsmacht und einer genügenden Anzahl von österreichischen Lesern: Skeptizismus gegenüber politischen Parteien und damit der parteiabhängigen Presse war ihnen gemeinsam. Während sich in anderen Bereichen die enormen Konsolidierungskräfte der traditionellen politischen Führungsschichten des parteipolitischen Klientelismus durchsetzten – eine parteipolitische Durchdringung der Gesellschaft, die den Amerikanern fremd war –, erwiesen sich im Pressewesen die von den Amerikanern geförderten parteiunabhängigen Zeitungen immer mehr im Einklang mit einer öffentlichen Meinung, die in zunehmendem Maße die parteipolitischen Herrschaftsstrukturen als Anachronismus, ja sogar als Skandal empfand.

Die Frühgeschichte der „Oberösterreichischen Nachrichten“ ist nicht zuletzt ein Stück Lebensgeschichte eines ehemaligen KZ-Häftlings, den amerikanische Presseoffiziere mit guten Gründen (politische Zuverlässigkeit, fachliche Qualifikation, dynamischer Geschäftssinn, Selbstidentifikation mit den amerikanischen Demokratisierungsbestrebungen), wenn auch ohne sonderliches Fingerspitzengefühl (Außenseitertum, charakterliche Schwächen) dazu bestimmten, eine Zeitung herauszugeben, mit deren Hilfe Nationalsozialismus und Austrofaschismus überwunden und Österreich demokratisiert werden sollte. Die Lizenzierung von Behrmann und der fünf von ihm vorgeschlagenen Mitverleger brachten den amerikanischen Willen zum Ausdruck, eine Rückkehr in eine Presselandschaft zu verhindern, die von antidemokratischen Elementen leicht instrumentalisierbaren Zeitungen dominiert war.

Gerade die Persönlichkeit eines Behrmann demonstriert, daß die amerikanische Pressepolitik nicht nur systematische Strukturreform von oben, sondern auch den aller Politik eigenen Zufälligkeiten unterworfen war. Während die anderen fünf Lizenzträger der „Oberösterreichischen Nachrichten“ von den lokalen Eliten zumindest als „einheimische“ Erfüllungsgehilfen der amerikanischen Störenfriede betrachtet werden konnten, haftete Behrmann als Deutschem das Stigma des „Preußischen“ an, was ungefähr das schlimmste Epitheton war, das man einem Gegner zu jener Zeit an den Kopf werfen konnte. Als ehemaliger KZ-Häftling war er noch dazu ein permanenter Vorwurf an eine Umgebung, deren eigene Kompromißbereitschaft gegenüber vergangenen undemokratischen Regimen im unangenehmen Kontrast stand. Seine harten Geschäftspraktiken brachten ihm in dem noch immer oder schon wieder von antisemitischen Vorurteilen durchsetzten Milieu in den Ruf, „Jude“ zu sein. Seine tatsächlichen charakterlichen Schwächen bestätigten nur die von seinen Gegnern angenommene unwiderlegliche wesensmäßige Fremdheit. Die Amerikaner wären besser beraten ge-

wesen, hätten sie sich in ihrer Pressepolitik eines weniger kontroversiellen Instrumentes bedient.

Was müßte geschehen, diese *Anmerkungen in eine sich detailliert entfaltende Fallstudie* auszuweiten, um der Realität der amerikanischen Pressepolitik näherzukommen? Der Verfasser folgt hier einer vorbildlich ausgeführten Fallstudie einer im bayrischen Bad Reichenhall erschienen Lizenzzeitung, die über den Einzelfall hinausgehende Leitfragen stellt.¹⁸⁷ 1.) Die österreichische Seite spiegelt sich in den amerikanischen Akten nur schwach wider. Notwendig ist daher eine stärkere Betonung der Reaktionen und Motivationen der beteiligten und betroffenen Österreicher und österreichischen Institutionen. Dies kann ohne Zugang zu österreichischen Archiven nicht geleistet werden. 2.) Die Untersuchung der Implementierungsphase der Lizenzierungspolitik (1945–1947) ist mit einem Ansatz zu verknüpfen, der über die Fixierung auf die kurze Zeitspanne bis zur Rückgabe der Lizenzierungshoheit an die österreichischen Behörden hinausgeht. 3.) Die Nahoptik rein pressegeschichtlicher Betrachtung ist zu vermeiden. *Zeitgeschichte, Zeitatmosphäre* und *politisch-gesellschaftliches Milieu* müssen als konstitutive Faktoren ernstgenommen werden. Eine so konzipierte Fallstudie würde über den Einzelfall hinausgehendes Licht auf den tatsächlichen Einfluß eines wichtigen Aspektes der amerikanischen Besatzungspolitik auf die österreichische politische Kultur werfen.

¹⁸⁷ Norbert Frei, *Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition. Die Geschichte der Nachrichtenzeitung „Südost-Kurier“*. München 1986, bes. 9–10.